

Nr. 16 – 2020/2

EINDRUCK

*das Magazin für Politik
von Bündnis C*

In dieser Ausgabe

Corona-Krise

Epidemiologische Aspekte

Impfpflicht und Corona App

Eine neue Normalität?

Weg aus der Krise



Wer ist König?

bündnis

Christen für Deutschland

C

www.buendnis-c.de



EINDRUCK
das Magazin für Politik
von Bündnis C

Nr. 16 – 2020/2

Inhalt

Editorial	4
Ein mikroskopisch kleines Virus löst eine Krise ungeheuren Ausmaßes aus	6
Epidemiologische Aspekte der SARS-CoV-2 Pandemie.	8
Eine neue Normalität?	10
Mit Impfpflicht gegen Corona?	12
Corona App	13
Zwischen Widerstand und Ergebung	14
Deutschlands Weg aus der Krise	18
Wirtschaft, Menschenwürde und Beziehungen	22
Petition an die Bundesregierung	24
Spendenaufruf	25
Aus den Landesverbänden	26
Ankündigung Bundesparteitag	29
Keiner Erpressung durch die Türkei nachgeben	30
Nein zur gewerbsmäßigen Sterbehilfe	32
Formular zum Anfordern von Infomaterial	33
Schlusswort	34
Impressum	Rücks.

Es begrüßt Sie herzlich der Bundesvorstand:

Karin Heepen, Ute Büschkens-Schmidt, Mathias Scheuschner,
Friedemann Hetz, Heinrich Benz, Micha Schlittenhardt, Verena Thümmel

Liebe Mitglieder und Interessenten, sehr geehrte Damen und Herren,

Ende Februar waren wir mit einem Messestand auf dem Willow Creek Leitungskongress in Karlsruhe präsent. Der Kongress mit 10 000 Teilnehmern wurde vorzeitig abgebrochen, weil einer der Referenten positiv auf das Covid-19-Virus getestet wurde.

Seitdem hat uns die Corona-Krise im Griff. Die letzten zwei Monate waren für unser Land eine Zeit des Fragens und Suchens, was mit uns passiert, und nach Antworten, was jetzt getan werden muss, um die Bedrohung in den Griff zu bekommen. Als Christen fragen wir immer auch über das Sichtbare hinaus, was Gott damit zu tun hat und was Sein Ruf in der Situation ist. Mittlerweile ist unsere Gesellschaft mehr als je zuvor gespalten und Widerstand gegen die Regierungsmaßnahmen hat sich erhoben.

Die Beurteilung, ob die Maßnahmen angemessen sind, hing in den letzten Wochen davon ab, welchen Stimmen unter den Virologen man glaubte. Mittlerweile gibt es belastbare Daten, wie sich die Pandemie entwickelt. Im Zentrum dieses Heftes stehen die Ausführungen einiger Gesundheitsfachleute, die als Berufsgruppe in der Krise die zentrale Stellung haben. Sie bringen die **verschiedenen fachlichen Standpunkte zusammen aus epidemiologischer, ärztlicher und gesundheitspolitischer Sicht**. Wir danken den Autoren für ihre gründliche Arbeit!

Wie bisher sind wir in der Polarisierung der Meinungen der Wahrheit verpflichtet und in den Riss zu treten, der durch das Land geht. Unser Auftrag ist nicht, einseitig Stellung zu beziehen und die Regierung zu stützen oder zu stürzen, sondern Frieden zu stiften und Antworten aus unserer christlichen Perspektive zu geben. Dazu finden Sie Beiträge zu Impfpflicht und Corona-App, zu unseren Grundrechten und Demokratie, zur Rolle der Familien in der Krise und was unsere Wirtschaft neu beleben kann.

Diese Perspektiven sind nicht zu entwickeln ohne eine Sicht über das Sichtbare hinaus. Deshalb bilden den Rahmen zwei geistlich-theologische Beiträge, die den Zustand unserer Gesellschaft unter dem Blickwinkel des Wortes Gottes anschauen und zur Umkehr rufen. Es wird in dieser Krise fast alles erschüttert, was vor allem die westliche, postchristliche Welt hochhält: Gesundheit, Wirtschaft, Finanzen, Bildung, Wissenschaft, Sozialstaat, Kollektivbetreuung der Schwächsten genauso wie Individualismus, Kultur und Touris-

mus und unsere Demokratie. Wo wir es abgelehnt haben, uns dem einen guten Gott zu beugen, werden wir unter ein böses Virus gebeugt – mit allem, was wir in Europa erreicht haben an Wohlstand, Freiheit und Menschlichkeit. Unser Land wird ein anderes sein, das spüren viele. Aber was gewinnt die Oberhand? Die Zerstörung von allem, was uns lieb und teuer ist, oder gewinnt darin eine geläuterte Zukunft? Und wie kann diese Zukunft aussehen?

Die Corona-Krise sperrt uns besonders schmerzhaft in das abgeschlossene Weltbild der menschlichen Vernunft und der Naturwissenschaften ein. Die konträren Empfehlungen der Virologen erschüttern den Glauben an die Wissenschaft. Die von Gott autonome Vernunft kommt an die Grenzen ihrer Erkenntnis. Wir wollen alles kontrollieren, sogar den Tod, und riskieren dafür gerade alles, was unser Leben ausmacht. **Die größte Gefahr scheint nicht das Virus zu sein, sondern die Angst davor und Entscheidungen, die aus der Angst getroffen werden, die Kontrolle darüber zu verlieren.**

Wir können als Partei einen Beitrag leisten, dass dieses materialistische Weltbild Europas, das seit der Aufklärung immer mehr geschlossen wurde, aufgebrochen wird und ein Fragen nach einer höheren Wahrheit einbricht. Zu den online-Gottesdiensten vieler Gemeinden schalten sich weit mehr Menschen zu, als sie in ihren Kirchen hatten. Es geht nicht nur darum, für unseren Gottesdienst und die Wiederherstellung unserer bürgerlichen Freiheitsrechte zu kämpfen, sondern dass Menschen freiwerden aus ihrer Blindheit und sehen: **Unser Leben ist nicht in der Hand des Virus und auch nicht in der Hand der Regierung, sondern in der Hand des lebendigen Gottes.**

In der Verwirrung widerstreitender Weltansichten brauchen wir eine neue Aufklärung von Dem, der die Wahrheit ist, und der uns Gebote zum Leben gegeben hat. Die Aufklärung war nach Kant der „Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“. Eine neue Aufklärung durch den Geist Gottes ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Angst und Selbstüberschätzung. Die Trennung von Wissenschaft und Glauben, von Politik und dem Wort Gottes muss aufhören. Wir brauchen ein hörendes Herz, wie König Salomo bat, um Richtig und Falsch zu unterscheiden und das Land zu regieren (1Kön 3,9). In dieser „Aufklärung“ können wir als Bündnis C eine christlich-politische Stimme sein.

Die wirtschaftlichen Folgen des Lockdown werden absehbar die größere Krise auslösen als das Virus. Bund und Länder haben in Schnellverfahren in der deutschen Nachkriegsgeschichte beispiellose Schutzschirme an Krediten, Garantien und Hilfen beschlossen für Unternehmen, Selbstständige, Beschäftigte, Eltern, Krankenhäuser, ... Gleichzeitig kommt es zum drastischen Einbruch der Steuereinnahmen. Der Bundestag setzte die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse außer Kraft und die EU-Kommission den Stabilitäts- und Wachstumspakt. Riskieren wir damit einen Kollaps der Finanzsysteme und führen größere Erschütterungen selbst herbei? **Wir leben nicht im Krieg, sondern im Frieden. Was sollen wir tun, wenn größere Erschütterungen kommen als ein Virus?**

Unserer Wirtschaft fehlte schon seit Jahren die Innovationskraft. Wir haben mit einem beziehungsorientierten Denken immer wieder darauf hingewiesen, dass Materialismus und Individualismus, Konsum- und Profitorientierung und Schuldenfinanzierung unseres Wirtschafts- und Finanzsystems zum Scheitern verurteilt sind. Wir werden auch mit einem neuen Großaufgebot das System nicht retten. Genauso wenig wird der Ruf nach Beteiligungen und Garantien des Staates die Wirtschaft beleben, sondern noch mehr strangulieren, als es die bereits vorhandene Überregulierung tut und wie wir aus der sozialistischen Staatswirtschaft wissen.

Wir brauchen keinen neuen Kollektivismus, der dem Einzelnen und Unternehmern diktiert, was sie zu tun haben, sondern verantwortliche Bürger, die Initiative ergreifen für ihr Umfeld. Das Markenzeichen einer Gesellschaft, die die Würde des Menschen respektiert, ist Freiheit in Verantwortung, nicht grenzenloser Individualismus, aber auch kein Diktat des Staates. In dieser ideologischen Auseinandersetzung haben unsere Partner in Europa in den letzten 20 Jahren **beziehungsorientierte Modelle für Wirtschaft und Sozialsysteme** entwickelt, basierend auf biblischen Prinzipien, die unsere Gesellschaft in eine Balance von Kreativität und Fürsorge bringen. Der SPD-Politiker Sigmar Gabriel schreibt in einem Gastbeitrag für die „Zeit“:

„Der demokratische Staat kann für den Einzelnen weder jedes Lebensrisiko bannen noch alles bezahlen. Eine politische Führung, die jeden Tag etwas mehr den Eindruck zu vermitteln versucht, sie könne alle Risiken durch die Kombination von Verboten und Geld gegen Null reduzieren, wird schnell an ihre Grenzen kommen – oder diese Grenzen überschreiten. Eine freie Gesellschaft kann auf Dauer nicht allein auf den ordnenden

Staat setzen, sondern braucht die Vernunft und Verantwortungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger.“¹

Die jetzigen Erschütterungen der Systeme können Neues hervorbringen mit erneuerten Menschen. Auch als Christen sind wir Teil der Systeme. Setzen wir unser Vertrauen statt auf Vater Staat neu auf Gott Vater. Im Chaos wächst die Ratlosigkeit, aber auch die Offenheit für neue Antworten. Wir beten im Vaterunser: Dein Reich komme. Erwarten wir, dass das Reich Gottes jetzt sichtbarer hervortritt, und erbitten wir noch eine Zeit der Gnade für unser Land. Bereiten wir uns darauf vor, dass Raum entsteht für biblisch fundierte Modelle für Politik, Wirtschaft, Finanzen, Gesundheits- und Sozialsysteme, auch wenn wir uns es jetzt noch nicht vorstellen können. Dazu finden Sie im Heft einen Newsletter der Sallux ECPM Foundation.

Unser diesjähriger Bundesparteitag findet am 10. Oktober 2020 in Fulda statt. Bitte merken Sie sich den Termin vor. Was auch immer uns bis dahin erwartet, eins dürfen wir wissen: der Herr der Welt ist in allem in Kontrolle und leitet uns. Dieses Heft bietet keine fertigen Antworten. Wir wollen mit Ihnen im Gespräch bleiben und freuen uns über Ihr Feedback.

Die Corona-Krise begann mit der Bußzeit vor Ostern, jetzt leben wir auf Pfingsten hin. Christen weltweit sind diesen Weg in diesem Jahr sehr bewusst miteinander und mit Jesus Christus gegangen. Erbitten wir an diesem Pfingsten neu den Geist Gottes, für uns selbst, für die Kirche, für uns als Partei und für alle, die jetzt in Angst und Unsicherheit sind. Er will uns in alle Wahrheit leiten, die wir mehr als je zuvor brauchen.

Ich wünsche Ihnen Gesundheit und Wohlergehen, Gottes Schutz für Ihre Familie und Ihr Unternehmen und Vertrauen in die Führung des Herrn durch diese Zeit!

Mit herzlichen Grüßen und Segen



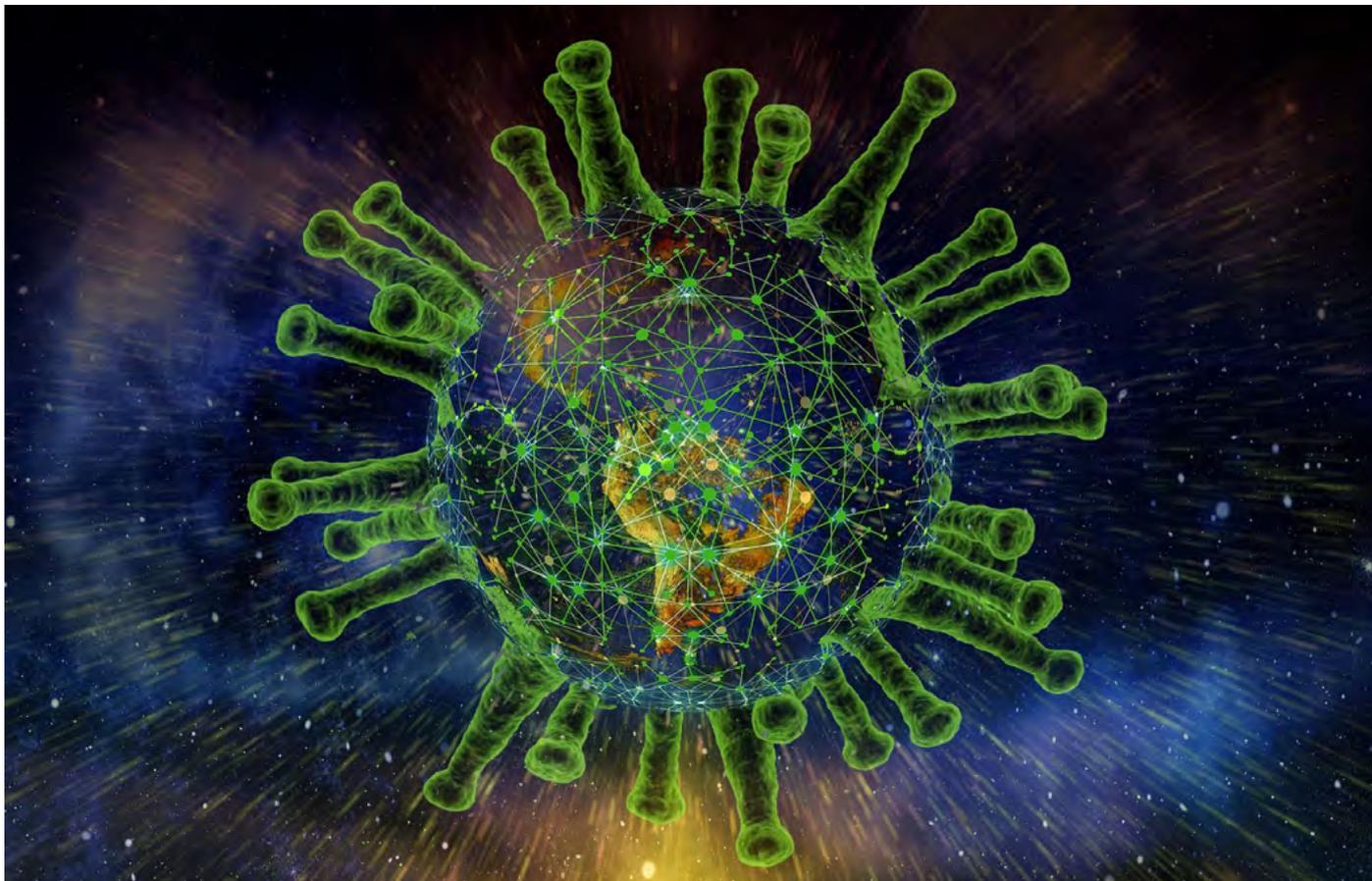
Karin Heepen

Bundenvorsitzende
Bündnis C

¹ Sigmar Gabriel „Mehr als eine Seuche“ https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-05/corona-folgen-konjunktur-ungleichheit-globalisierung-sigmar-gabriel?utm_source=pocket-newtab, 03.05.2020

Ein mikroskopisch kleines Virus löst eine Krise ungeheuren Ausmaßes aus ...

... und hat die Macht, einen Zusammenbruch der Weltwirtschaft herbeizuführen



Wir haben uns daran gewöhnt mit Szenarien zu leben, die durch gewaltige Umweltschäden, Tsunamis, Terror u. ä. ausgelöst werden. Doch mit den Wirkungen eines neuen Virus und seinen Möglichkeiten haben wir nicht gerechnet. Trotz der Katastrophen, mit denen unser Planet täglich konfrontiert wird, waren wir uns sicher, dass schließlich jedes Problem von Menschen und unseren Fähigkeiten gelöst werden kann.

Dies scheint diesmal nicht so einfach zu sein. Freilich besteht die Möglichkeit, dass ein entsprechendes Serum gefunden wird, das auch diese Krankheit in die Schranken weist. Doch wann es gefunden wird und eingesetzt werden kann, kann noch ein Jahr dauern. Darum haben wir Zeit, uns Gedanken zu machen, ob Gott hier seine Hand im Spiel hat und welche Gründe er hat, die weltweite Krise passieren zu lassen. Nicht, dass er Auslöser dieser Krankheit wäre. Gott führt nichts Böses im Schild gegen die Krone Seiner Schöpfung. Aber er kann seine schützende Hand zurückzie-

hen, so dass der Widersacher ungestört sein Programm zur Vernichtung der Schöpfung einbringen kann.

Jetzt ist die Zeit gekommen, in der wir uns bewusst machen sollten, wie radikal unsere Gesellschaft den Gott der Juden und Christen aus unserem Leben und Planen ausgeschlossen hat. Ganz offensichtlich lebt die Mehrzahl unserer Mitmenschen ohne diesen Gott. Davon zeugen auch die Medien und Fernsehprogramme. Selbst die Ansprache unserer CDU-Bundeskanzlerin war ein einziger Appell an die Bürger, als läge es allein in unserer Hand, wie und wann der Siegeszug des Corona-Virus gestoppt werden könnte. Sicher sind auch die Kirchen an dieser Situation nicht ganz unschuldig.

Im Alten Testament finden wir in der Geschichte Israels viele Beispiele für Gottes Gerichtshandeln. Sie werden im Neuen Testament ergänzt mit Hinweisen auf ein Gericht, dem sich jeder Mensch nach seinem

Tod im Jenseits stellen muss. Diese Tatsache wird in der heutigen Kirche nur selten erwähnt, obwohl uns Gott im stellvertretenden Kreuzestod seines Sohnes den Freispruch erwirkt hat. Jesus sagte: **„So sehr hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen eingeborenen Sohn (in den Tod) gab, damit alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben.“** (Joh.3,16)

Dass diese Pandemie etwas mit Gott zu tun hat, wird zeichenhaft klar, wenn man bedenkt, dass sie in China ihren Ausgang nahm. Ein Land, das Gott aus seinem Denken und Handeln radikal ausgeschlossen hat. Ein Land, in dem Christen gnadenlos verfolgt werden, in dem – wie nirgendwo auf der Welt – die Bürger überwacht, kontrolliert und manipuliert werden. Doch hat sich der Unglaube weltweit ausgebreitet. In nahezu allen Ländern stößt das Evangelium bei der Mehrheit der Bevölkerung auf verschlossene Ohren und Herzen.

Wie Gott sein Volk Israel in früheren Zeiten immer wieder durch Gerichtshandeln zur Umkehr gebracht hat, so möchte Gott seine geliebten Menschen auch heute mit verschiedenen Katastrophen daran erinnern, dass es ihm nicht egal ist, wenn wir das Ziel unseres Lebens versäumen. Angesichts der Not, die das Virus in unserer Zeit auslöst, sollten wir uns eingestehen, dass wir nicht nur von Naturgesetzen abhängig sind, sondern auch von dem Gott, dem wir diese Gesetze verdanken. Er ist heilig. Auch wir dürfen und sollen heilig sein, d.h. zu Gott gehören. Darum hat er seinen Sohn gesandt, damit wir vor dem Thron des Allerhöchsten Vergebung und Rettung empfangen können.

Mit dem Corona-Virus ist nicht nur die Gesundheit und das Leben der Menschheit in Gefahr. Nach Einschätzung von Finanz-Fachleuten haben die finanziellen Folgen für die Weltwirtschaft eine unabsehbare Macht. Jetzt kommt es darauf an, worauf wir unsere Hoffnungen setzen. Wenn unsere Politiker und Banker glauben, durch astronomische Schuldenberge die Krise in den Griff zu bekommen, vertrauen sie Mammon, dem Gott des Geldes. Es wird Zeit, dass wir uns zwischen Gott und Mammon entscheiden.

Kann es sein, dass diese, weltweit gewaltige Krise den Zweck hat, alle Völker für Gottes liebevolles Werben um Gemeinschaft mit ihm zu öffnen und das Angebot der Erlösung in Jesus Christus anzunehmen?

„So bitten wir nun an Christi statt: lasst euch versöhnen mit Gott!“ (2.Kor. 5,20).

Ein mikroskopisch kleines Virus löst eine Krise ungeheuren Ausmaßes aus und hat die Macht, einen Zu-

sammenbruch der Weltwirtschaft herbeizuführen. Das ist eindeutig Gottes Handschrift!

Dass diese Pandemie ausgerechnet in der Passionszeit ihren Anfang nahm und an den höchsten christlichen Feiertagen weltweit alle Festgottesdienste verhinderte, ist eine Botschaft an die Kirche und die Christen, die ihrer Beziehung zu Gott wenig Bedeutung beimessen. Wie sehr er uns liebt, hat er in seinem Sohn Jesus Christus gezeigt. Wir sind nach seinem Bild geschaffen. Darum bittet er uns inständig: **„Richtet nun euer Herz und euren Sinn darauf, den HERRN, euren Gott, zu suchen.“** (1. Chron. 22,19)

Im evangelischen Gesangbuch finden wir unter der Nummer 372 das Lied: *„Was Gott tut, das ist wohlgetan, es bleibt gerecht Sein Wille ...“*¹ Unter diesem Lied ist ein Vers von Eva von Thiele-Winkler abgedruckt, der uns eine große Zukunft verspricht: *“Es kommt nicht darauf an, dass wir dem Leiden entgehen, sondern dass das Leiden seinen Zweck erreicht.“*



EINDRUCK zum Herunterladen und Weiterleiten:

Unter eindruck.buendnis-c.de können Sie unsere EINDRUCK-Hefte online lesen und an Interessenten weitergeben.

Epidemiologische Aspekte der SARS-CoV-2 Pandemie

06.05.2020

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat am 11. März 2020 den Ausbruch des Corona-Virus zur weltweiten Epidemie (Pandemie) erklärt. Das Ende 2019 erstmals in China neu aufgetretene Corona-Virus überträgt sich von Mensch zu Mensch vor allem als Tröpfcheninfektion und kann, anders als die bisher bekannten Corona-Viren, auch zu schweren Infektionen der Atemwege und zu Lungenentzündungen (Pneumonien) führen.

Krankheitsverläufe und Letalität

Die Krankheitsverläufe variieren stark, von Symptomlosigkeit bis zu schweren Pneumonien mit Lungenversagen und Tod [1]. Daher lassen sich derzeit keine allgemeingültigen Aussagen zum „typischen“ Krankheitsverlauf machen. Nur 8–10 % der in Deutschland gemeldeten Fälle mit einer Corona-Virus-Infektion muss derzeit stationär behandelt werden [1]. Der sogenannte Fall-Verstorbenen-Anteil in Deutschland liegt nach Schätzungen des Robert Koch-Instituts bei 3,8 % und ist damit niedriger als der europäische Durchschnitt (10,5 %) [1]. Für den Fall-Verstorbenen-Anteil teilt man die Zahl der gemeldeten verstorbenen Fälle durch die Zahl der gemeldeten Fälle in einer Population. Die tatsächliche Anzahl Erkrankter an einer Corona-Virusinfektion wird derzeit sehr wahrscheinlich auch in Deutschland unterschätzt. Zur Letalität der Covid-19 (Corona Virus Disease 2019) Erkrankungen gibt es daher für Deutschland keine verlässlichen Daten [1]. Letalität beschreibt die Anzahl der verstorbenen Fälle als Anteil der Zahl der tatsächlich erkrankten Fälle.

Übersterblichkeit

Als gesichert kann dagegen angesehen werden, dass die Todesfälle in erster Linie ältere, vor allem hochbetagte Menschen mit kardiovaskulären und pulmonalen Vorerkrankungen betreffen [2]. In Italien waren nur 1,7 % der Infizierten unter 20 Jahre alt und es gab nur 178 Todesfälle unter 50 Jahren (1,2 %). Etwa die Hälfte der bisherigen Todesfälle betrafen Menschen > 80 Jahren, nur 5 % der Todesfälle entfiel auf Menschen unter 60 Jahre [2]. Im Gegensatz zu COVID-19 betrafen beispielsweise bei der Influenza-Pandemie 1918–19 fast 50 % der Todesfälle die Altersgruppe 20–40 Jahre [2].

Der bekannte Epidemiologe John Ioannidis (Stanford University, USA) weist darauf hin, dass Corona-Viren als typische Erreger von Erkältungskrankheiten jedes Jahr für Millionen von Infektionen verantwortlich sind und diese Erkältungskrankheiten bei bis zu 8 % älterer, multimorbider Menschen mit Komplikationen wie Pneumonien tödlich enden [3,4]. Der einzige Unterschied zu SARS-CoV-2 könnte sein, dass wir Corona-Virus-Infektionsraten bisher nie in der Bevölkerung gemessen haben.

Eine wichtige Limitation bei der Schätzung der Letalität aufgrund oder mit SARS-CoV-2 ist die vermutete hohe Dunkelziffer der nicht erfassten Infektionen. Eine aktuelle Studie aus China bestätigt eine sehr hohe Dunkelziffer [5]. Die Wissenschaftler schätzen, dass vor den Reisebeschränkungen vom 23. Januar 2020 in China insgesamt 86 % aller Infektionen nicht dokumentiert waren [5]. Nicht dokumentierte Infektionen waren auch die Hauptquelle (79 %) der Ansteckung der dokumentierten Fälle mit Covid-19. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen, dass eine massive Zunahme der Identifizierung und Isolierung von derzeit nicht dokumentierten Infektionen erforderlich ist, um SARS-CoV-2 unter Kontrolle zu bringen [5].

In Ermangelung von validen Daten zur Letalität geben Angaben zur Mortalität wichtige indirekte Hinweise. Dabei wird für einen bestimmten Zeitraum die Anzahl der Todesfälle zur Gesamtzahl der Bevölkerung ins Verhältnis gesetzt. Wie wirkt sich bisher die Corona-Epidemie in Deutschland auf die Gesamtzahl der Sterbefälle aus? Zur Beantwortung dieser Frage stellt das Statistische Bundesamt Auszählungen von Sterbefallmeldungen aller Standesämter dar [6]. Bei der Betrachtung des Jahresverlaufes in der Sterbefallstatistik sind die typischen Schwankungen während der Grippezeit von Mitte Dezember bis Mitte April zu beachten. Auch ohne Corona-Pandemie können die Sterbefallzahlen in der typischen Grippezeit sehr stark schwanken. Im März 2019 starben beispielsweise etwa 86 400 Menschen in Deutschland, im März 2018 waren es 107 100 Verstorbene aufgrund einer schweren Grippe-Epidemie [6]. Im März 2020 mit insgesamt 85 900 Sterbefällen ist bei einer monatweisen Betrachtung kein auffälliger Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren erkennbar. Seit der letzten Märzwoche liegen die tagessgenauen Zahlen zwar tendenziell über dem Durch-

schnitt der Jahre 2016 bis 2019. Im Gegensatz zu anderen Regionen in Europa wie z. B. in Italien sind die Folgen der Corona-Pandemie in Deutschland bisher kaum in der Gesamtsterblichkeit erkennbar.

Indirekte gesundheitliche Folgen

Es ist nicht auszuschließen, dass die Covid-19-Pandemie weiterhin eine ernstzunehmende Bedrohung darstellt und die bisher erfolgten Maßnahmen das Einzige war, was getan werden konnte. Es ist aber ebenso möglich, dass durch die derzeit durchgeführten Maßnahmen viel größerer Schaden angerichtet wird, als durch die Epidemie selbst. Diese Auswirkungen können erhebliche negative Folgen für die Gesundheit (u. a. Selbstmorde, Verschlechterung der psychischen Gesundheit, Herz-Kreislauf-Erkrankungen) sein. Eine weitere negative Folge sind verzögert stattfindende oder nicht erfolgte medizinische Maßnahmen aufgrund Beschränkungen der Versorgung. Eine aktuelle Umfrage ergab, dass OP-Kapazitätsbeschränkungen zur Vorhaltung von Intensivkapazitäten für Patienten mit SARS-CoV-2-Infektion Einfluss nehmen auf die kolorektale Chirurgie in Deutschland – auch bei onkologischen Patienten [7]. Die aktuelle Umfrage unter 112 chirurgisch kolorektalen Spezialisten ergab, dass 87 % der teilnehmenden Kliniken aufgrund der Covid-19-Pandemie ihre OP-Kapazität einschränken mussten, z. T. auf 20 % der üblichen Kapazitäten [7]. Die Mehrzahl der Befragten hielt eine Verzögerung der operativen Therapie aus medizinischen Gründen für nicht gerechtfertigt. Die Befragung wirft die Frage auf, wie viel Prognoseverschlechterung onkologischer Patienten für die Kapazitätsvorhaltung von im Wesentlichen noch nicht eingetretenen Erkrankungsfällen mit Covid-19 in einem hoch entwickelten Industrieland zu tolerieren ist [7].

Erst wenn die sogenannte Durchseuchung der Bevölkerung bei 60 bis 70 % liegt, ist die Pandemie unter Kontrolle. Derzeit liegt man in Deutschland laut Schätzungen des Robert-Koch-Instituts im einstelligen Prozentbereich. Die entscheidende Frage ist daher, wie lange die Maßnahmen von social distancing und lockdown aufrechterhalten werden können, ohne gravierende Konsequenzen für die Gesundheit der Bevölkerung zu haben.

Fazit

Es gibt insgesamt noch sehr wenig belastbare epidemiologische Daten, weder zu Covid-19 selbst noch zu den Auswirkungen der derzeit ergriffenen Maßnah-

men. Daher ist aus epidemiologischer Sicht wichtig, die gesamte Infektions- und Krankheitslast durch Influenzaerkrankungen sowie deren Folgen in einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe zu erfassen. Zufallsstichproben der Gesamtbevölkerung sollten auf SARS-CoV-2 untersucht werden, um die wahre Durchseuchungsrate zu erfassen. Gleichzeitig sollten die indirekten gesundheitlichen Folgen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie durch versorgungsepidemiologische Studien abgeschätzt werden. Aus gesundheitspolitischer Sicht ist zu fordern, dass die bisher maßgeblich den öffentlichen Diskurs bestimmende kleine Gruppe von Virologen, RKI-Mitarbeitern und führenden Bundes- und Landes-Politikern durch ein breiteres Expertengremium ergänzt wird. Hierzu sollten neben Klinikern verschiedener Fachdisziplinen auch Versorgungsforscher, Public Health-Experten, Gesundheitsökonomien und Medizinethiker eingebunden werden.

Prof. Dr. med.
Wolfgang
Rathmann
MSPH (USA),
Essen

Arzt, Epidemiologe



Literatur:

1. https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Corona-Virus/Steckbrief.html#doc13776792bodyText3
2. <https://www.ebm-netzwerk.de/de/veroeffentlichungen/covid-19>
3. Ioannidis J.
In the Corona-Virus pandemic, we're making decisions without reliable data. STAT2020. <https://www.statnews.com/2020/03/17/a-fiasco-in-the-making-as-the-Corona-Virus-pandemic-takes-hold-we-are-making-decisions-without-reliable-data/>
4. Ioannidis JPA, Axfors C, Contopoulos-Ioannidis DG. Population-level COVID-19 mortality risk for non-elderly individuals overall and for non-elderly individuals without underlying diseases in pandemic epicenters [Internet]. *Epidemiology*; 2020 [zitiert 2020 Apr 15]. Available from: <http://medrxiv.org/lookup/doi/10.1101/2020.04.05.20054361>
5. Li R, Pei S, Chen B, Song Y, Zhang T, Yang W, Shaman J. Substantial undocumented infection facilitates the rapid dissemination of novel Corona-Virus (SARS-CoV-2). *Science*. 2020 May 1; 368 (6490): 489-493
6. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Sterbefaelle-Lebenserwartung/sterbefallzahlen.html>
7. <https://www.aerzteblatt.de/nachrichten/sw/Kolorektales%20Karzinom?s=&p=1&n=1&nid=112454>

Eine neue Normalität?

Die Bundesregierung bereitet die Bevölkerung auf langandauernde Maßnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus vor. Hier gibt ein Arzt und Psychotherapeut seine persönliche Einschätzung zur aktuellen Situation.

Anmerkung des Verfassers: Trotz mancher Kritik verbinde ich damit selbstverständlich die Aufforderung, die derzeitigen Auflagen (Versammlungsverbot, Maskenpflicht, ...) zu respektieren und einzuhalten.

Mir scheinen die Lockdown-Maßnahmen mittlerweile äußerst fragwürdig. Am 15.4.2020 hat das RKI (Epidemiologisches Bulletin 17/2020) eine Modellrechnung veröffentlicht, nach der bereits am 20./21.3. die effektive Reproduktionsziffer unter 1 gefallen ist. Erst am 23.3. wurden flächendeckend Schulen, Restaurants, Geschäfte usw. geschlossen. Seitdem sank die Reproduktionszahl nicht mehr wesentlich und schwankt um 0,8 – 1,0.

Auf die berechtigte Frage, ob denn die Maßnahmen ab dem 23.3. noch irgendwas gebracht haben, gibt es verschiedene Einwände wie die Infektionswelle in Alten- und Pflegeheimen Ende März und dass mehr Tests durchgeführt wurden. Aber die genannten Einflüsse würden dazu führen, dass ohne sie die Reproduktionszahl allenfalls noch weiter gesunken, nicht aber über 1 gestiegen wäre. Rückwirkend kann man also spätestens seit dem 15.4. sagen, dass auch ohne Lockdown zuletzt jeder Infizierte im Mittel höchstens einen weiteren infiziert hat. Ich befürchte deshalb, dass gerade ohne Not eine wirtschaftliche Trümmerwüste produziert wird.

Ursprünglich war die Strategie: Man muss das Gesundheitswesen vor Überforderung schützen. Das war sehr sinnvoll, vor allem nach den Erfahrungen in Italien. Seit einigen Wochen wissen wir aber: Unser Gesundheitswesen war zu keinem Zeitpunkt gefährdet, wir haben 4x mehr Intensivbetten pro Bevölkerung wie Italien, alles lief gut. Statt zu sagen: „Unser Gesundheitswesen schafft das, wir können wieder öffnen“, wurde eine neue Begründung aus dem Hut gezaubert, um alles geschlossen zu halten: Man will nun das Virus zurückdrängen. Jeder, der ein wenig von Exponentialrechnung versteht, weiß: Das Virus lässt sich in absehbarer Zeit nicht ausrotten. Das weiß die Bundesregie-



rung auch, deshalb will sie die Maßnahmen solange durchhalten, bis ein Impfstoff zur Verfügung steht. Wann? Vielleicht Anfang 2021, vielleicht später. Momentan weiß das keiner. Wir brauchen auch erst mal ausreichende Mengen, nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Was für ein Land werden wir vorfinden nach 9–12 Monaten eingeschränkter Beschulung, heruntergefahrener Wirtschaft, ...?

Die Bundeskanzlerin hat Ende April bei einer Pressekonferenz gesagt, dass selbst wenn die Reproduktionszahl nur auf 1,1 stiege, wir bereits im Oktober an die Grenzen unseres Gesundheitswesens kämen. Das ist ein untaugliches Argument, um keine stärkere Öffnung zu versuchen: Selbst wenn durch Lockerung der Maßnahmen die Reproduktionszahl wirklich steigen würde, hätten wir bis Oktober noch jede Menge Zeit gegenzusteuern. Ein anderes Argument, dessen Sinn sich mir nicht recht erschließen mag: Es wäre schlimmer, zu lockern und dann wieder anzuziehen, als alles angezogen zu lassen. Ist ein dauerhaftes Abwürgen der Wirtschaft etwa besser als ein intermittierendes?

Es wird immer wieder vor der „zweiten Welle“ gewarnt, die dadurch besonders gefährlich wäre, weil sie flächendeckend ausbräche. Dies ließe sich aber dadurch vermeiden, dass man zunächst z. B. in einem kleineren Bundesland den Lockdown aufhebt

und die Entwicklung im Auge behält, dabei natürlich die Risikogruppen schützt. Wenn dann wirklich die gefährliche zweite Welle anrollen würde, hätte man genügend Kapazitäten im Gesundheitswesen, diese aufzufangen. Wenn nicht, könnte man bald flächendeckend zur Normalität zurückkehren, und nicht zur sogenannten „neuen Normalität“, die keine Normalität ist.

Wie es besser geht, zeigen die Schweden. Sie lassen das Virus durch die Bevölkerung wandern und stehen mit weiteren Maßnahmen bereit, falls das Gesundheitswesen überfordert ist. Außerdem schützen sie – sehr wichtig! – die Risikogruppen (Pflegeheime). Auf diese Weise wird Schweden das Corona-Problem grob geschätzt ca. Anfang Juli gelöst haben, weil ca. 75 % der Bevölkerung infiziert und immun sind – ohne größere wirtschaftliche Einbußen und mit normaler Beschulung. Nun wird hier oft argumentiert, Schweden hätte viel höhere Todeszahlen. Abgesehen davon, dass die Zahlen derzeit ohnehin nur äußerst grobe Richtwerte sind (wir wissen nur, was an Infizierten getestet wurde, und an Tests mangelt es), sind die schwedischen Todeszahlen zwar höher als in Deutschland, aber zugleich niedriger als in Frankreich.

Außerdem sind die aktuellen Zahlen für die Beurteilung der Mortalität wertlos: Eine schnelle Durchseuchung bringt über einen kurzen Zeitraum hohe Todeszahlen (wie aktuell in Schweden?), eine langsame über einen langen Zeitraum niedrige Todeszahlen (wie vielleicht in Deutschland?). Solange das Gesundheitswesen nicht überfordert ist, wird die Gesamtzahl am Ende ähnlich liegen (Integral der Todesrate über die Zeit), außer das Virus würde aus irgendeinem Grund den Schweden mehr ausmachen als den Deutschen. Der Unterschied ist, ob ich ein Land über ein Jahr (oder länger) lahmlege oder ob ich, wie die Schweden, das Problem nach 3–4 Monaten hinter mir habe. Ich glaube nicht, dass man unserem Land einen Gefallen tut, wenn man durch den Lockdown Infektionen bei gesunden und fiten Menschen vermeidet – außer es droht eine Überforderung der Krankenhäuser. Die werden aber von zuvor fiten und gesunden CoV-Infizierten wenig aufgesucht.

Anders ist es natürlich, wenn es einen Impfstoff gibt. Dann werden die Todesraten sinken. Nur: das wird dauern! Ich fürchte, dass wir bis dahin einen sehr großen Schaden angerichtet haben werden. Und der wirtschaftliche Einbruch wird zusätzliche Menschenleben kosten: Mehr Arbeitslose, weniger Wirtschaftsleistung → weniger Geld im Gesundheitswesen → weniger

gute Behandlungen → geringere Lebenserwartung. Das wird kaum diskutiert.

Außerdem erlebe ich in der Praxis zunehmend die psychischen Folgen bei überforderten (z. B. alleinerziehend erwerbstätigen) Eltern und deren Kindern, die beim jetzigen Kurs auf lange Zeit nur eingeschränkt zur Schule oder in den Kindergarten gehen können, weil die Abstandsregeln keine Vollbeschulung erlauben.

Kürzlich habe ich ein Interview mit FDP-Chef Christian Lindner gesehen, der einen wichtigen Gedanken einbrachte: Wie wir mit strengen Maßnahmen vielleicht CoV-Todesfälle vermeiden können (sehr fraglich, s. o.), so könnte man mit strengen Maßnahmen im Straßenverkehr (z. B. mit rigorosen Tempolimits) auch Verkehrstote vermeiden. Aber die Gesellschaft wägt bei den Verkehrstoten auch ab, welche Maßnahmen verhältnismäßig sind und welche nicht.

Im Grunde sehe ich auch eine geistliche Thematik: Die Angst vor dem Tod. Sobald das Sterben von Menschen öffentlich Thema wird, müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, dies zu vermeiden. Wir können nicht damit leben, dass Menschen an Covid-19 sterben. Warum eigentlich nicht? Weil wir nicht mit dem Tod umgehen können?

Meine persönliche Einschätzung: Nach den Bildern aus der Lombardei Anfang März war die Vorsicht angemessen. Mittlerweile scheinen mir aber die CoV-Löschmaßnahmen deutlich mehr Schaden anzurichten als das Feuer.

Dr. med. Martin Feichtinger

Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie,
Facharzt für Psychiatrie und Psychotherapie



Mit Impfpflicht gegen Corona?

Diverse Akteure haben sich wiederholt für eine Covid-19-Impfung ausgesprochen – lange bevor ein verfügbarer Impfstoff in Sicht ist und ohne die weitere Entwicklung der Pandemie zu kennen. Im „Entwurf eines Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ von Bundesgesundheitsminister Spahn fand sich Anfang Mai 2020 die folgende Ergänzung zu § 28 Infektionsschutzgesetz:

„Bei der Anordnung und Durchführung von Schutzmaßnahmen nach den Sätzen 1 und 2 ist in angemessener Weise zu berücksichtigen, ob und inwieweit eine Person, die eine bestimmte übertragbare Krankheit, derentwegen die Schutzmaßnahmen getroffen werden, nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft wegen eines bestehenden Impfschutzes oder einer bestehenden Immunität nicht oder nicht mehr übertragen kann, von der Maßnahme ganz oder teilweise ausgenommen werden kann, ohne dass der Zweck der Maßnahme gefährdet wird. Soweit von individualbezogenen Maßnahmen abgesehen werden soll oder Ausnahmen allgemein vorgesehen werden, hat die betroffene Person durch eine Impf- oder Immunitätsdokumentation nach § 22 oder ein ärztliches Zeugnis nachzuweisen, dass sie die bestimmte übertragbare Krankheit nicht oder nicht mehr übertragen kann.“¹

Nach Widerspruch aus der Regierungskoalition und dem Kabinett wurde der Passus aus der Gesetzesvorlage vorerst wieder gestrichen. Dennoch wurde damit die Tür zu einer generellen Impfpflicht in Deutschland geöffnet, nachdem im März 2020 bereits eine Masern-Impfpflicht für Kinder und zahlreiche Berufsgruppen wie Lehrer, Erzieher und medizinisches Personal in Kraft trat – mit Bußgeldandrohung bis zu 2 500 € bei Verweigerung.

Für die Befürwortung einer Impfpflicht wird oft angeführt, dass in Deutschland für viele etablierte Impfungen noch nicht einmal 50 % der WHO Empfehlungen für den Anteil der Bevölkerung mit Impfschutz erreicht werden. Auf diesem Hintergrund sind Empfehlungen der Ständigen Impfkommission am Robert-Koch-Institut, dass alle Risikopersonen etablierte Impfungen wie z. B. Grippeimpfungen erhalten, nachvollziehbar.

¹ https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/Gesetze_und_Verordnungen/GuV/S/Entwurf_Zweites_Gesetz_zum_Schutz_der_Bevoelkerung_bei_einer_epidemischen_Lage_von_nationaler_Trageweite.pdf

Die Situation für den Corona Impfstoff ist aber anders zu bewerten. Weltweit werden derzeit im Eiltempo über 100 Impfstoffe getestet. Es wird dabei in Kauf genommen, dass die sonst üblichen Maßnahmen der toxikologischen Testung (Tierversuche) nicht wie gewohnt durchgeführt werden.

Eine Impfpflicht für Corona, die inzwischen von vielen Politikern gefordert wird, wäre ein Massenexperiment auf Kosten der Bevölkerung. Aus der Erprobung neuer Pharmazeutika wissen wir, dass durchaus schwere, aber sehr seltene Nebenwirkungen erst dann statistisch identifiziert werden können, wenn mindestens 100 000 Personen diese Therapie erhalten haben. Dieses Risiko wird in Kauf genommen, nachdem der Nutzen der Therapie (Überlegenheit gegenüber einer Standardtherapie) zuvor bei Behörden wie dem Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) nachgewiesen werden musste.

Im Wettlauf um die Corona-Impfung werden diese Prozesse sehr wahrscheinlich ausgehebelt. Seltene schwere Nebenwirkungen, die auch bei Impfstoffen zu Behinderungen oder Tod führen können, werden erst durch die Massenimpfung aufgedeckt. Im Normalfall nehmen Patienten nur nach gründlicher Aufklärung an Arzneimittelstudien teil. Bei einer Corona-Impfpflicht würden wir alle unfreiwillig an einer bundesweiten „Studie“ teilnehmen müssen.

Ärzte würden zudem instrumentalisiert, möglicherweise einen Impfstoff zu verabreichen, der nicht den bisher gültigen Zulassungskriterien entspricht. Oder sie werden wegen Verzicht auf die Eigen-Impfung nicht mehr im Stand sein, ihre Tätigkeit auszuüben, wie auch sämtliche andere Angehörige der medizinischen und pflegerischen Berufe. Verantwortliches Handeln würde somit zum Verzicht auf die Berufsausübung führen.

Nach derzeitiger Einschätzung ist eine Impfpflicht für Covid-19 weder gerechtfertigt, noch ohne Kenntnis des weiteren Verlaufs der Pandemie angemessen. Im Wettlauf der Pharmaindustrie sollte die Politik vor allem auch wachsam sein, wo erwartete Milliarden Gewinne die Forschung antreiben, und sich nicht zu Komplizen von Lobbyisten machen!

(Dieser Artikel ist das Gemeinschaftswerk verschiedener Autoren)

Corona App

Immer wieder wird von der Politik eine sogenannte Corona App ins Spiel gebracht. Diese soll dabei helfen, Kontaktketten ausfindig zu machen, um so die Ausbreitung des Virus eindämmen zu können.

Eins steht bereits seit einiger Zeit fest: die Corona App wird kommen. Sie wird auf freiwilliger Basis eingeführt und es besteht keinerlei Verpflichtung, diese App zu nutzen.

Die Corona App wird für iPhone und Android-Smartphones entwickelt, so dass sie gleichermaßen auf beiden Plattformen funktioniert. Hierzu sind die Bundesbehörden noch in Verhandlungen mit Apple (iPhone Hersteller) und Google (Hersteller des Betriebssystems Android), damit die App auch auf diesen Geräten/Betriebssystemen der Hersteller funktionsfähig eingesetzt werden kann. Dazu müssen die Schnittstellen für die verschiedenen Systeme in der App programmiert und durch die Hersteller freigegeben werden, damit die App eingesetzt werden kann.

Die App befindet sich bereits in der Entwicklung und es ist davon auszugehen, dass diese im Laufe des Monats Juni bereitgestellt wird und aus den entsprechenden Stores (Google Play Store und Apple Store) heruntergeladen werden kann.

Technisch war es bisher so, dass der Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, die Nutzung der App zentralisiert haben wollte. Dies bedeutet, dass alle erfassten Daten (eigene Daten und auch Daten der Kontakte) auf einem Server gespeichert werden und bei Bedarf „anonymisiert“ ausgewertet werden können.

Hierbei stellte sich die Frage, wer kontrolliert die anonymisierte Auswertung?

Auf Druck der Datenschutzbehörden wurde Herr Spahn zu einem Umdenken „gezwungen“. Die Speicherung der Daten findet nur dezentral statt, dies bedeutet nur auf dem eigenen Smartphone. Es wird auch kein Tracking (Aufzeichnung von Geo-Daten / Bewegungsprofile) geben. Die eigenen Daten werden in der App pseudonymisiert in Form eines Codes abgelegt. Dies so in die Umsetzung zu geben, wurde am 25.04.2020 entschieden.

Die Corona App nimmt nur über die bluetooth-Schnittstelle Kontakt zu anderen Corona-App Benutzern auf. Hierbei wird lediglich der pseudonymisierte Code aus-

getauscht und in einer Tabelle in der App abgelegt. Es werden weder Ort, Datum und Zeit, noch personenbezogene Daten ausgetauscht.

Dies alleine zeigt bereits, dass die App nur funktionieren kann, wenn man die Bluetooth-Technologie am Smartphone einschaltet. Gleichwohl bedeutet dies aber auch, dass bei einer eventuellen Infizierung die Kontaktketten nicht nachvollzogen werden können.

Die Kontaktketten können nur nachvollzogen werden, wenn bei einer Infizierung eine Meldung aus der App auf einen Server gesendet wird. Auch hier werden nur pseudonymisierte Daten gesendet, also der Code von der infizierten Person. Jeder App Benutzer kann täglich die Codes von diesem Server abrufen und erfährt so, ob Kontakt zu einer infizierten Person bestand. Ist dies der Fall, sollte man sich bei einem Arzt melden, um zu besprechen, was zu tun ist.

Kommt die Corona App wie beschrieben zum Einsatz, halte ich diese für eine gute Sache, um die Verbreitung des Virus einzudämmen, gerade wenn immer mehr Lockerungen des Lockdown folgen werden. Auch den Einsatz, wenn Menschen aus den Risikogruppen zum eigenen Haushalt zählen, also Menschen mit Vorerkrankungen, finde ich sehr sinnvoll.

Dies beruht auf dem Stand 26.04.2020. Bis zur tatsächlichen Einführung wird es noch etwas dauern, und wie man in den letzten Tagen und Wochen verfolgen konnte, ändert sich gerade im Bereich Corona App immer wieder Wesentliches.

Ich werde diese Entwicklung weiterhin sehr genau verfolgen. Sollte sich Wesentliches bis zur Einführung ändern, werden wir Sie gerne über einen E-Mail-Rundbrief und/oder unseren Newsletter (diesen können Sie jederzeit unter buendnis-c.de abonnieren) informieren.

Aber dem HERRN, eurem Gott, sollt ihr dienen, so wird er dein Brot und dein Wasser segnen, und ich will alle Krankheit von dir wenden. (2Mose 23,25)

Ich wünsche Ihnen allen viel Gesundheit und Gottes Segen!

Heinrich Benz

Datenschutzbeauftragter Bündnis C

Zwischen Widerstand und Ergebung

Ein postdemokratisches Zeitalter?

Einmal mehr sind die Christen in Deutschland gespalten im Blick auf die Politik, nun über die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen zur Corona-Krise. Der Titel dieses Beitrages verweist auf Dietrich Bonhoeffer und inwieweit uns das Ringen der damaligen Christen mit ihrer Rolle im Dritten Reich heute etwas lehren kann. Wofür kämpfen wir inmitten der Erschütterung unserer Demokratie?

Zunehmende Polarisierung

Wir erleben auf der einen Seite die demütige Unterordnung von Kirchenleitern und Betern unter die Maßnahmen der Regierung, bei gleichzeitig voller Konzentration vieler auf das, was Gott durch diese Situation hervorbringen will. Ich bin sehr zuversichtlich, dass der Herr mit und durch diese Krise in einer neuen Dimension Sein Reich aufrichten und auf unsere jahrzehntelangen Gebete für unser Land antworten wird. Dass Er zu seinen Zielen kommt und Menschen aus der Finsternis ins Licht retten will. Dass Er jetzt beginnt, die Ernte einzubringen, und Er uns als Christen dafür zubereitet und ausrüstet. Dass wir noch eine Gnadenzeit bekommen und gerade auf Pfingsten hin um eine neue Ausgießung des Heiligen Geistes beten können. Und dass jetzt eine neue Zeit anbricht, in der wir wachend und betend stehen, Salz und Licht sein sollen in den dramatischen Umbrüchen.

Gleichzeitig geschieht dies durch Erschütterungen hindurch, an deren Deutung sich die Geister scheiden, ob es sich um den Beginn der Wehen nach Mt 24/ Mk 13 handelt. Vor einigen Monaten hätte sich trotz aller Voraussagen von Krisen wohl niemand vorstellen können, dass es ein kleines Virus sein wird, das eine weltweite Erschütterung unserer bestehenden Systeme auslöst und die Regierenden global zu einer weitgehenden Veränderung unseres bisherigen Lebens animiert.

Vielen Menschen fehlt der Glaube, dass unsere Freiheit und Grundrechte vollumfänglich wiederhergestellt werden. Es sind nicht nur Verschwörungstheorien unterwegs. Als Christen fragen viele, ob es der Beginn der Errichtung des endzeitlichen, antichristlichen Regimes ist, was wir mit den weltweiten, in Abstufungen ziemlich einheitlichen Maßnahmen der Regierungen erleben. Der Ruf nach einer internationalen Ordnung wird lauter – im Namen von Gerechtigkeit, Armutsbe-

kämpfung, Regulierung der Märkte. Der allumfassende Staat soll es richten.

Die Verordnungen werden mit der Rettung von Menschenleben begründet und damit zum großen Teil bereitwillig von der Bevölkerung hingenommen oder sogar noch strikter gefordert. Grundrechte wurden nicht nur weitgehend beschränkt, sondern auch jede in einer Demokratie legitime Opposition dagegen ausgeschaltet wie auch die Mitsprache der Parlamente. Mit Angst wird Feindschaft zwischen den Menschen bis in die Familien hinein gesät (jeder kann dich anstecken!) und Denunziation gefördert. Selbst wenn die Maßnahmen graduell wieder zurückgenommen werden, bereitet man – je länger und desto mehr man die Gefahr beschwört – so ein Volk auf Diktaturen vor. Begriffe wie „Lockerung“ oder „Erleichterungen“ erwecken den Anschein eines Geschenks oder der Belohnung für gutes Verhalten, sind aber unakzeptabel für missliebige Einschränkungen als ultima ratio, die die aktuellen Verordnungen, wenn überhaupt, in einer freiheitlichen Demokratie sein dürfen. Die weitgehende Einigkeit aller Parteien und Länder bei der Verfügung der Maßnahmen ist in einer Bedrohungssituation sicher ein Grund zum Danken, jedoch auch ein Alarmzeichen für die Abwesenheit demokratischer Diskurse. Nachvollziehbar ist das Misstrauen im Osten Deutschlands groß, wo man Freiheit und Demokratie vor gerade erst 30 Jahren erhalten und ein Stück weit auch erkämpft hat. Der massivste Widerstand formiert sich jedoch aktuell im grün regierten Baden-Württemberg.

Die Vorgeschichte

Das alles ist nicht gänzlich neu. Im Namen der Antidiskriminierung werden seit Jahren mit parteiübergreifender Zustimmung Gesetze verabschiedet, die dem Rest der Gesellschaft den Willen von Minderheiten auferlegen. Kritiker werden der Menschenfeindlichkeit angeklagt, in den sozialen Medien gelöscht und aus dem öffentlichen Diskurs ausgeschlossen. Der Begriff der politischen Korrektheit verharmlost die Bedrohung des Rechts auf freie Meinungsäußerung. Immer neue Überwachungsgesetze sollen im Namen der Gefahrenabwehr die Bevölkerung vor Terroristen und Kriminalität schützen, ebenfalls mit wachsender Zustimmung. Parteiübergreifend forderten und förderten neomarxisti-



Querdenken711 Demo in Stuttgart am 9.5.2020

sche Bestrebungen zunehmend Gleichheit statt Freiheit, und der Sozialstaat nahm dem Einzelnen und Familien die Eigenverantwortung immer mehr ab. Spätestens mit dem Aufstieg national-konservativer Parteien dagegen kündigte sich ein postdemokratisches Zeitalter an, während jede Seite umso mehr für sich allein demokratisches Denken und Handeln beansprucht.

Viele westliche Staaten haben ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung selbst zerrüttet und gleichzeitig weiter versucht, sie dem Rest der Welt aufzuerlegen mit der Forderung des Respekts der Menschenrechte. Natürlich ziehen wir unsere rechtsstaatliche Ordnung einer Diktatur vor und stellen uns gegen antidemokratische Entwicklungen und Regime national und international, schon allein, weil von ihnen unsere Freiheit als Christen weltweit eingeschränkt und bedroht wird. Aber offensichtlich sind auch demokratische Systeme nicht vor Unrecht gefeit.

Im Rückblick auf die Geschichte der Neuzeit sehen wir, dass mit dem Beginn der Aufklärung und deren erster blutiger politischer Umsetzung in der französischen Revolution Republiken und Demokratien errichtet wurden, wo kein König mehr die Macht hat, sondern das Volk. Der erste Versuch einer Republik und Demokratie in Deutschland führte ins – demokratisch legitimierte – nationalsozialistische Regime und damit an den bisherigen Tiefpunkt der abendländischen Geschichte. Im Blick auf den politischen Wiederaufbau Europas stellte Schuman als Gründervater der Europäischen Gemeinschaft fest: „Demokratie wird entweder christlich sein oder es wird sie nicht mehr geben. Eine anti-christliche Demokratie wird eine Parodie sein, die entweder in Tyrannei oder Anarchie versinkt.“ (Robert Schuman, For Europe, Foundation Robert Schuman, 2010, S. 30).

Im Westen Deutschlands überlagerte das Wirtschaftswunder eine geistliche Erneuerung der Nation nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Osten erstickten der wirtschaftliche und politische Umbruch und Konsum nach der Wiedervereinigung den zarten geistlichen Aufbruch, der mit zum Mauerfall geführt hatte. Gott hat unserem Land übergroße Gnade geschenkt mit der Wiederherstellung als Nation, mit wirtschaftlicher und politischer Stärke. Aber statt Ihm zu danken, sind wir immer mehr im Materialismus versunken, und christlich geprägt ist unsere Demokratie schon lange nicht mehr. Wie auch, wenn die Mehrheit des Volkes und dessen gewählte Vertreter keine Christen mehr sind. In einem Pluralismus ohne gemeinsames Wertefundament kann Demokratie nur die Herrschaft einer Mehrheit über Minderheiten sein oder sie wird gänzlich unregierbar. Sollte es uns wundern, dass unsere Demokratie jetzt mit erschüttert wird?

Demokratie und Reich Gottes

Was ist in den Veränderungen der weltlichen Herrschaftssysteme weiter unser Auftrag als Christen? Das Reich Gottes ist keine Demokratie. Da herrscht nicht das Volk nach Gutdünken und Mehrheitsmeinung, sondern der König. Ist es in den Absichten Gottes, dass wir uns weiter für den Erhalt der Demokratie und unsere Grundrechte einsetzen? Unser nach dem 2. Weltkrieg entstandenes Grundgesetz war von den guten Geboten Gottes inspiriert. Es sollte mit der Garantie der Grundrechte den Zugriff des Staates auf den Menschen verhindern, wie er im Dritten Reich geschah. Aber auch dieses Grundgesetz wurde bereits mehrfach manipuliert und missinterpretiert wie zuletzt am Aschermittwoch mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Illegitimität des Verbots kommerzieller Sterbehilfe. Offensichtlich hat auch das Grundgesetz keinen Ewigkeitwert und kann gekippt werden. Sollen wir es verteidigen?

Das Wirken Gottes und die Rettung der Menschen für Zeit und Ewigkeit spielt sich offensichtlich auf einer anderen Ebene ab, unabhängig von unserem Gesellschaftssystem und dem, wie es verändert wird. Gott kann Sein Reich auch inmitten einer Diktatur bauen. Wir wissen, dass er das in vielen Ländern der Erde tut, wo Christen massiv verfolgt werden. Was ist unser Auftrag, wenn totalitäre Regime etabliert werden? Was können wir von den Christen lernen, die im Dritten Reich widerstanden haben – im Ergebnis ohne etwas am System zu ändern? Oder leben wir in einer Zeit der Erschütterung der Systeme des Bösen und gleichzeitig



der Wiederherstellung aller Dinge (Apg 3,21), und wie sollen wir darin dem Bösen begegnen?

Verführung im Namen des Guten

Im Zusammenhang mit dem Beginn der Wehen lesen wir in Mt 24/Mk 13 von Verführungen, die kommen werden, und von Verführern, die sich als säkulare Retter der Welt präsentieren. Wir hatten in den letzten Monaten Greta Thunberg im Kampf gegen den Klimawandel, der fast die gesamte Weltpolitik nachlief, um den Planeten zu retten, und der im Namen des Guten nicht nur die jüngere Generation folgte. Wir haben jetzt eine weitestgehende Übereinstimmung der Weltpolitik im „Krieg“ gegen ein Virus, und eine weitgehende Zustimmung der Bevölkerung zu den Maßnahmen im Namen des Guten, um Menschenleben zu retten. Aus Klimaleugnern sind Coronaleugner geworden, obwohl beide nicht den Sachverhalt, sondern dessen umfassenden Geltungsanspruch und den politisch und medial als alternativlos propagierten Umgang damit in Frage stellen.

Jesus will auch Menschen retten. Aber hier ist der Unterschied zwischen Führung und Verführung: Es ist die Aufgabe der Politik, bestmögliche Voraussetzungen für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung zu schaffen. Wenn Regierungen das aus einer rein naturwissenschaftlichen Fokussierung auf ein einzelnes Virus und Zahlenreihen tun, kann man aber keine Verhältnismäßigkeit der Entscheidungen erwarten, weil der Mensch selbst säkular gesehen mehr ist als ein Krankheitsherd und Gesundheit leiblich-seelisch und

beziehungsmäßig umfassender zu definieren. Vor allem aber bedingt die immanent humanistische Sicht des Menschen auf den Menschen zwangsläufig die Überhöhung des Staates als Entscheider wie auch die Überhöhung des Schutzgutes Gesundheit.

Wir kennen das allgegenwärtige Credo unserer Gesellschaft „Hauptsache gesund“ und ein vermeintliches Recht auf Gesundheit, das den Boden für die breite Zustimmung zu den Regierungsmaßnahmen bildet, jedoch dezidiert im Widerspruch steht zum christlichen Credo „Hauptsache Jesus“. Es wurde u. a. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil mit dem Satz zitiert, es gäbe nichts Heiligeres als das Menschenleben, und er bezog sich dabei auf Artikel 1 Grundgesetz. Aber bedeutet, dass die Würde des Menschen unantastbar und durch den Staat zu schützen ist, selbstredend, dass der Staat es ist, der Menschenleben rettet? Es liegt in der Verantwortung der Gesundheitsversorger, Kranken die bestmögliche Behandlung zukommen lassen. Dafür soll der Staat bestmögliche Voraussetzungen schaffen. Aber der Tod ist das Ende jeder Behandlung und jedes Lebens. Ein Menschenleben als heilig zu überzeichnen, ist eine fromm getünchte Überhöhung des irdischen Lebens, wo Verführung einsetzt auf dem Boden des säkularen, humanistischen Menschenbildes. Heilig ist Gott und was Ihm geweiht ist. Seine Gemeinde soll heilig sein, abgesondert für das Unvergängliche (1Petr 1,13ff). Das natürliche Menschenleben wird nirgends in der Bibel als heilig bezeichnet, sondern ist der Vergänglichkeit dieser Welt unterworfen (V. 24).

Nur wo der Mensch seine Stellung im Plan von Schöpfung und Erlösung einnimmt, kann man von Regierungen abgewogene Entscheidungen erwarten, die dem Land umfassend zum Besten und zur Heilung dienen, statt größere Schäden zu produzieren, als das Virus es tut. Wo Gott als Vater der Platz genommen wurde, wird der Staat an Seine Stelle gesetzt als „Vater Staat“ und er nimmt sich eine ihm nicht gebührende Autorität über die Menschen, statt einfach nur für Recht und Ordnung zu sorgen. Wo der wahre Retter unseres Lebens abhandengekommen ist, soll der Staat zum Retter vor jeder Gefahr werden, sei es vor dem Virus oder vor den wirtschaftlichen Folgen seiner Maßnahmen. Ein Betreuer-Staat ist jedoch ein totalitärer Staat, weil er den Menschen die Freiheit für ihren Verantwortungsbereich nimmt, wo sie für sich selbst und füreinander sorgen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip.

Natürlich kann Gott in Seiner Gnade auch solche Entscheidungen unserer Regierenden dem Land auf irgendeine Weise zum Guten dienen lassen. Aber jeder, der nicht im Wort Gottes verwurzelt ist, wird in den Verführungen zum Spielball des Bösen – im jetzigen Fall des Virus und in ernsteren Erschütterungen, die kommen werden. Wo eine Regierung sich als letztverantwortliche Instanz sieht, agiert sie zwangsläufig kontroll- und angstgetrieben. Sie kann nicht anders, als sich selbst vorausseilend jeder Gefahr zu beugen und das Volk mit ihren Sicherheits- und Kontrollmaßnahmen zu fesseln, um die Gefahr irgendwie beherrschbar zu machen. Entweder wir begeben uns in die Hand Gottes, der wirklich alles in Seiner Kontrolle hat und unser Schutz ist, oder wir werden unter ein kleines Virus gebeugt mit allem, was uns lieb und teuer ist.

Unsere Berufung

Uns wurde in den letzten Jahrzehnten von christlichen Leitern aus der ganzen Welt immer wieder unsere Berufung als Vaternation zugesprochen. Wo wir im letzten Jahrhundert durch einen falschen Führer der Welt zum Verderben wurden, sollen wir anderen Nationen zum Guten dienen mit den Gaben, die uns anvertraut sind. Diese Berufung kann, meine ich, nur hervorkommen, wenn wir Gott-Vater seinen Platz zurückgeben in Deutschland. Für eine politische Führung unter der Autorität Gottes können wir als Bündnis C den Raum öffnen.

Die Konfrontation von Licht und Finsternis wird absehbar zunehmen. Möglicherweise formiert sich bald ohne nennenswerte politische Opposition ein weltliches Herrschaftssystem von (Ver-)Führern im Namen des

menschlich Guten. Was ist unsere Rolle in dieser Konfrontation?

Aufgabe der Kirche ist und bleibt darin, das Evangelium zu verkündigen. In der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft werden wir jedoch nur Licht sein und dem Frieden dienen können, wo die politische Spaltung nicht genauso durch unsere Mitte geht. Wir wissen um die Schwäche der gespaltenen Kirche im Nationalsozialismus. Ohne eine Einheit in der Wahrheit Gottes werden wir zwischen den Fronten zerrieben und sind wirkungslos (Joh 17,21). Um diese Einheit ist zu ringen und im Heiligen Geist zu bitten.

Unseren Auftrag als Partei sehe ich darin, die Verführungen offenbar zu machen (Eph 5,11f), vor den falschen Propheten zu warnen und die Wahrheit Gottes dazu aufzuschließen. In den Verführungen im Namen des propagierten Guten gilt es, Gut und Böse zu trennen, für die Wahrheit nach den Maßstäben der Bibel zu stehen, Zeugnis zu geben und die Zeichen der Zeit zu deuten, so gut wir es verstehen.

Maßstab ist die Wahrheit in Liebe, um niemanden als Person anzugreifen oder zu verurteilen, und die Liebe zur Wahrheit. Die Trennung von Person und Sache ist eine aus dem biblischen Ethos erwachsene Tugend unserer Kultur. Das christliche Ethos verbietet uns Polemik und Zynismus, Zorn und Verurteilung der Regierenden. Wir ehren sie als Personen, die eingesetzt sind, das Land zu regieren (Röm 13).

Respekt gegenüber der Obrigkeit schließt aber nicht aus, Unrecht beim Namen zu nennen, wenn Gesetze geltendes Recht oder noch schlimmer die Maßstäbe Gottes verletzen. Denn es gibt schließlich immer Opfer ungerechter Gesetze. Auf diese Weise können wir in der Konfrontation zwischen Licht und Finsternis christlich-politische Opposition sein und gleichzeitig alternative politische und ökonomische Antworten anbieten. Noch ist Zeit dafür.



Karin Heepen

Bundesvorsitzende
Bündnis C

Deutschlands Weg aus der Krise

Eine biblische Perspektive anhand von Jesaja 1 – 6

Eine Analogie auf den Zustand unserer Nation?

Gott beginnt zu reden in Jesaja 1, weil er Israel und Jerusalem anklagt ob ihrer Unkenntnis über IHN, ihren fehlenden Verstand und ihre Anhäufung von Schuld und Sünde. Dieses Urteil trifft sowohl die Gläubigen als auch die Andersgläubigen des Landes. Einziger Hoffnungsschimmer ist ein sogenannter Heiliger Rest, den der HERR selbst gelassen hat.

Gleichermaßen legt er dem Volk aber in Jes 1,13 eine Handlungsanweisung vor zu ihrer Errettung, von der er gleichermaßen verspricht in Jes 1,18, **dass er sofort bereit ist die gesamte Schuld der Nation reinzuwaschen, wenn Gläubige und Andersgläubende diese Handlungsanweisungen erfüllen.**

Für den Fall, dass die Handlungsanweisungen allerdings nicht erfüllt werden, kündigt er noch Schlimmeres an in Jes 1,20 und Jes 3,25. Das Schlimmere ist dabei allerdings die Folge des zuvor und weiterhin sündigen Verhaltens, trotz des Redens Gottes. Im Kolosserbrief 3,25 heißt es hierzu: „**Wer Unrecht tut, wird das Unrecht empfangen, das er getan hat; und da ist kein Ansehen der Person**“. Dieser Satz ist deshalb von besonderer Bedeutung, weil in ihm deutlich wird, dass die Probleme nicht von Gott als Bestrafung gesandt sind, sondern eine Folge davon, dass die Menschen sich von Gott distanzieren.

Insofern ist es von elementarer Bedeutung, dass wir uns in der Christenheit, oder zumindest in einem relevanten Teil davon, einig sind, dass Gott durch und in dieser Corona-Pandemie zu uns spricht. Papst Franziskus sagt dazu in seinem Außerordentlichen Gebet am 27. März 2020:

„Wir haben vor deinen Mahnrufen nicht angehalten, wir haben uns von Kriegen und weltweiter Ungerechtigkeit nicht aufrütteln lassen, wir haben nicht auf den Schrei der Armen und unseres schwer kranken Planeten gehört. [...] In dieser Fastenzeit erklingt ein eindringlicher Aufruf: „Kehrt um“ (Mk 1,15); „kehrt um zu mir von ganzem Herzen mit Fasten, Weinen und Klagen“ (Joël 2,12). Ebenso schreibt er: „Der Anfang des Glaubens

ist das Wissen, dass wir erlösungsbedürftig sind“¹. Und eben dieses Wissen ist uns verloren gegangen, was uns wieder zu Jes 1,3 zurückführt.

Im Folgenden wird der Versuch unternommen, das Wort der aktuellen Situation in Deutschland gegenüberzustellen, um dem Leser somit die Möglichkeit zu geben, zu prüfen, ob eine Anwendung des Textes auf die heutige Situation berechtigt ist:

Sie sind voll von Wahrsagerei

Alles wird geglaubt außer Gott

An Ausländern haben sie Überfluss

Viele Menschen wollen in unser Land

Ein Land ist voll von Silber und Gold

Deutschland ist reich

Seine Schätze nehmen kein Ende

Deutschland druckt unbegrenzt Geld

Ein Land ist von Pferden voll

Pferd könnte man als Auto verstehen

Sein Land ist von Götzen voll

Mammon, Ego, Esoterik, ...

Ihrer Hände Machwerk beten sie an

Ingenieurskunst als Erfolgsgarant

Geduckt wird der Mensch

Vollzeitarbeit mit zu geringem Lohn

Erniedrigt der Mann

Der Mann ist selten Haupt der Familie

Flieh in den Fels

Kontaktverbot, Quarantäne

Hochmut der Männer

Männer ohne Interesse an Gott

Besonders bedeutsam für die Frage der Übertragung auf die heutige Zeit erscheint Jes 2,20, wo es heißt: **An jenem Tag wirft der Mensch seine Götzen von Silber und Gold** (Deutsche Wirtschaft/ Reichtum), **die er sich gemacht zur Verehrung, hin zu den Ratten** (2020 ist der Jahr der Ratte in China, die Virusausbreitung begann mit dem chinesischen Neujahr) **und Fledermäusen** (Ursprungsträger des Corona Virus laut RKI), um sich in Felsspalten und Steinklüften (Quarantäne) zu verkriechen vor dem Schrecken des Herrn.

¹ http://www.vatican.va/content/francesco/de/messages/urbi/documents/pa-pa-francesco_20200327_urbi-et-orbi-epidemia.html



Es geht hier nicht um einen Zerstörungsplan Gottes, sondern um einen eindringlichen Appell zur Umkehr von den falschen Wegen, die die Menschen und auch der Staat gerade in den letzten Jahren mehr und mehr beschritten haben.

Bei dieser Krise handelt es sich um einen Appell Gottes, dass ihn unser Schicksal kümmert. Ihn kümmert das Schicksal:

- eines jeden ungeborenen Kindes, das seiner Familie und unserer Gesellschaft zum Segen werden soll
- eines jeden Klein- und Schulkindes, das seine Eltern braucht
- einer jeden Familie, die nicht mehr von ihrer Hände Arbeit leben kann
- eines jeden überbeschäftigten Managers, den seine Familie braucht
- Alleinerziehender, die Unterstützung benötigen
- unserer Älteren, die sich einen würdevollen Lebensabend wünschen
- jedes Bettlers und Armen
- jedes Gefängnisinsassen in unserem Land.

Aber warum ist Gott gerade dieses Jahr so eindringlich? Möglicherweise, weil nicht mehr viel Zeit ist, bis JESUS CHRISTUS wiederkommt? Was löst das in uns aus – Angst oder Vorfreude? Wie steht es um unsere persönliche Beziehung zu Jesus Christus, dem Sohn, zum Heiligen Geist, der in uns wohnt, und zum Vater, dem Schöpfer, der Himmel und Erde gemacht hat?

Dabei kann man Gott nun wirklich nicht vorwerfen, nicht langmütig im Zorn gewesen zu sein angesichts von 45 Jahren Abtreibung mit mindestens 4 Mio. (andere Schätzungen gehen von 8 Mio.) getöteten Kin-

dern in Deutschland. Er war und ist wahrlich langmütig, „da er nicht will, dass irgendwelche verloren gehen, sondern dass alle zur Buße kommen (2Petr 3,9).

In Jes 3,1ff heißt es weiter: Er nimmt fort

Stütze und Stab

Alles was unser Leben bisher getragen hat

jede Stütze an Wasser

Die andauernde Dürre ist bedrückend

jede Stütze an Brot

Lieferengpässe

den Helden

Fußballer, Künstler, ...

den Kriegsmann

Der Zustand unserer Bundeswehr ist kritisch

den Richter

Richter sprechen Recht gegen Gottes Gebot

den Propheten

Die Kirche predigt nicht Gottes Wort

den Ältesten

Die Zahl neu geweihter Priester sinkt seit Jahren

Statt guter Ordnungen zieht Aufruhr ein:

Knaben will ich Ihnen geben als Fürsten

Greta Thunberg, ...

Mann gegen Mann

Verleumdung und Gewalt im Internet

Der Knabe tobt gegen den Greis

Missachtung der Alten

Ehrlose gegen Würdevolle

Viele meinen, Politiker beschimpfen zu dürfen

Sie prahlen mit Sünde

Sexuelle Unordnung, Prostitution, ...

Zwei Worte sind besonders eindrücklich: „**Was blieb noch zu tun für meinen Weinberg, das ich an ihm nicht hätte getan?**“ (Jes 5,4). Dies beschreibt die Situation Deutschlands mit dem Wirtschaftswunder nach dem 2. Weltkrieg, Exportweltmeister, Geschenk der Deutschen Einheit – und das nach der Vernichtung von 6 Mio. Juden und all dem Leid, dass wir über die Welt gebracht haben.

Und was tun wir? Wir wenden uns in Deutschland mehr und mehr von Gott ab. Die Menschen haben bis hierhin noch nichts gelernt, und ein Trend der Umkehr zu Gott ist in unserem Land noch nicht erkennbar. Deshalb glaube ich auch, dass die Krise noch anhalten wird oder wir von einer Krise in die Nächste schlittern werden.

Auch aus eigener persönlicher Erfahrung ist mir bekannt, wie lange es braucht, um Hochmut in Demut umzukehren. Damit Christen nicht meinen, besser wegzukommen in Gottes Augen, lohnt ein Blick in Jes 1,15: „**Breitet ihr eure Hände aus, so verhülle ich meine Augen vor euch, häuft ihr eure Gebete an, so höre ich nicht; denn eure Hände sind voll der Blutschuld!**“. Dazu würde die erstmalige massenhafte Absage aller Gottesdienste in Friedenszeiten passen.

Blutschuld mag ein schweres Wort für viele sein. Aber aus Sicht von jemandem, der seit 20 Jahren in seiner Branche und darüber hinaus erfolglos gegen Abtreibung kämpft, kann ich diese Aussage so gut nachempfinden. Letztendlich haben auch die Christen in Deutschland sich an die Tötung der Ungeborenen gewöhnt, bei aller Wertschätzung des Engagements weniger einzelner tapferer Heldinnen und Helden auf Mahnwachen oder Beratungsstellen. Auch jetzt noch in diesen Tagen überlegt man, wie man die Abtreibung erleichtern kann, in dem man Online-Scheine und Scheine nach Telefonberatung ausstellt oder ein Medikament zur Abtreibung zuhause verschreibt.

Es wird nun dem Leser überlassen, ob diese Vergleiche zwischen der Beschreibung des damaligen Israel und des heutigen Deutschland schlüssig sind.

Der Ausweg

Wenn aber der grundsätzliche Vergleich erlaubt ist, dann ist auch die Anwendung der von Gott benannten Schritte in Jes 1,13-17, die uns aus der Krise hinausführen, erlaubt und dringend geboten. **In diesem Fall müssen wir beginnen, diese Schritte im Kleinen und im Großen umzusetzen, um größeres Leid von den Menschen in unserem Land und den Unternehmen abzuwenden.**

Aus Sicht des Autors schenkt Gott uns allen in diesem Jahr eine besondere Gelegenheit zur Umkehr und viel Anlass zur Hoffnung. Aber die Umkehr sollte sowohl individuell erfolgen, als auch kollektiv nach Gottes Plan. Dabei darf sie weder beim Einzelnen noch in der Gesellschaft zu kurz greifen.

Es folgt ein erster, ergänzungswürdiger Interpretationsansatz, um den Ausweg zumindest sichtbar zu machen:

1. Bringt sinnlose Gaben nicht mehr dar

- Investiert in das Reich Gottes!
- Bringt den 10ten Teil Eurer Einkünfte freudig ein!
- Spendet in der Stille ohne öffentliche Anerkennung!



2. Unsere Opfer sind dem HERRN abscheulich

- Unser Leben als Hingabe und Gottesdienst
- Nicht mein Wille, sondern Dein Wille geschehe
- Sucht der Stadt Bestes und betet für sie!

3. Es ärgert den HERRN, wie unser Volk mit SEINEN Feiertagen umgeht

- Achtung des Sabbat / Sonntag als Ruhetag
- Nationaler Buß- und Betttag mit Ausgestaltung
- Nationalfeiertag als Danktag

4. Auch Neumondfeste, Frevel und sonstige Feste sind dem HERRN verhasst

- Blasphemie verbieten in Kunst und Werbung
- Pornografie verbieten
- Reformationstag und Allerheiligen statt Halloween und Walpurgisnacht

5. Wir sollen uns waschen und reinigen

- Buße tun
- Beichten
- Umkehren

6. Unserer Taten Bosheit sollen wir aus seinen Augen schaffen

- Gesetzesänderung zur Abtreibung
- Recht auf Selbsttötung und Ehe für alle rückgängig machen
- Abschaffung legaler Prostitution mittels Strafe für Freier

7. Wir sollen aufhören das Böse zu tun

- Keine Ehen mehr brechen
- Keine Menschen in Not an unseren Grenzen abweisen oder ertrinken lassen
- Kein Raubbau an der Umwelt

8. Wir sollen lernen Gutes wirken zu lassen

- Eine Wirtschaft, die dem Menschen dient
- Jedem einen Lohn zahlen, von dem er leben und seine Familie ernähren kann
- Denen beistehen in anderen Ländern, die in Not sind

9. Wir sollen nach Recht trachten

- Freiheit, Recht und Eigentum schützen
- Effiziente Strafverfolgung
- Korrektur, wo Unrecht per Gesetz zu Recht erhoben wurde

10. Den Unterdrückten leiten

- Politik für Familien und Kinder
- Menschen ohne Ausbildung oder im Gefängnis ausbilden und schulen
- Menschenhandel verfolgen und unterbinden

11. Wir sollen Waisen Recht verschaffen

- Ungeborenen Kindern zum Leben verhelfen und Adoption vereinfachen
- Adoptionsrechtsrecht im Ausland prüfen, ob die Elternherkunft bewiesen ist
- Sorge für Sozialwaisen und für Waisen aus anderen Ländern

12. Wir sollen uns um Witwen kümmern und ihnen beistehen

- Erziehungsgehalt für Eltern und Alleinerziehende
- Mütterrente wie Erwerbsarbeit berechnen
- Familienverbund der Generationen stärken

Alles beginnt wie immer mit Gebet und Fasten, durch das das Gesagte geprüft werden muss und der Weg zur Heilung unseres Landes sozusagen im geistlichen

Sinne freigeschossen werden kann. Denn die Waffen unseres Kampfes sind nicht fleischlich, sondern göttlich und mächtig zur Zerstörung von Festungen, indem wir Vernunftschlüsse zerstören (2Kor 10,4).

Unsere Chance

Am Ende dieser Zeit könnte eine gewaltige Veränderung Deutschlands stehen, als ...

- ein Land, dessen Menschen sich einander zuwenden, statt sich spalten zu lassen
- ein Land, dass sich um die Armen innerhalb und außerhalb seiner Grenzen kümmert
- ein Land, dass seine Kinder nicht der Wirtschaft opfert
- ein Land, dessen Firmen Gott und den Menschen dienen, und nicht dem Mammon
- ein Land das wehrhaft ist gegen Bedrohungen von innen und außen
- ein Land, dass alle Gründe beleuchtet, an denen seine Menschen zu früh sterben
- ein Land, das einen glaubwürdigen Wechsel seiner Helden vollzieht
- ein Land das sich nicht länger blind und naiv vom Ausland abhängig macht
- ein Land, das seinen Gott wieder lieben und ehren lernt
- ein Land, dass sich wieder nach Gottes Geboten ausrichtet
- ein Land, das hilft, Europa nach Gottes Gebot zu reformieren
- ein Land, das Afrika auf Augenhöhe als gleichberechtigten Kooperationspartner achtet und unterstützt.



Wirtschaft, Menschenwürde und Beziehungen

Unsere Partner in Europa haben in den letzten 20 Jahren beziehungsorientierte Modelle für die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik entwickelt, basierend auf biblischen Prinzipien, die unsere Gesellschaft in eine Balance von Individualrechten und Gemeinwohl bringen können. In der Corona-Krise wird zu sozialer Distanz und gleichzeitig zu gegenseitiger Fürsorge aufgerufen. Der folgende Newsletter der Sallux ECPM Foundation zu Ostern 2020 greift die Herausforderungen der Krise auf und eröffnet eine Perspektive für die Reform unseres wirtschaftlichen und politischen Denkens.

Lieber Leser,

Wir haben tiefes Mitgefühl mit denen, die bei dieser Pandemie ihre Angehörigen verloren haben. Wir beten für alle, die positiv getestet wurden und sich im Krankenhaus befinden, und wir beten auch für ihre Familien und Betreuer. Als Sallux wünschen wir besonders all jenen alle Kraft, die in unserem Netzwerk aus Mitgliedern, Partnern und Freunden betroffen sind.

Wir alle wissen, dass jetzt wirklich alles anders ist. Es wird schon schwer, sich vorzustellen, wie es in „normalen Zeiten“ war, die erst ein oder zwei Monate zurückliegen. Die Auswirkungen dieser Krise greifen sehr tief, bis in die existenzielle Ebene hinein. Diese Krise ist existentiell auf der menschlichen Ebene und auf der Ebene all unserer wirtschaftlichen und politischen Philosophien und Systeme. Was wir erleben, ist so vielschichtig, dass es buchstäblich alles in unseren Gesellschaften erschüttert.

Wir alle sind zerbrechliche Menschen mit der gleichen Menschenwürde

Niemand kann angesichts dieser Krise so tun, als sei er unbesiegbar. Diese Epidemie hat die Illusion des starken autonomen Individuums beendet. Wir sind verletzte Menschen, die oft versuchen, das Gegenteil zu behaupten, dies aber diesmal nicht können. Während wir unsere gemeinsame Verwundbarkeit wiederentdecken, entdecken wir auch, dass wir auf eine gemeinsame Vorstellung von der gemeinsamen Menschenwürde angewiesen sind. Worauf sonst können wir zurückgreifen, wenn wir auf die Fürsorge anderer Menschen angewiesen sind?

Familie und Kooperation statt individualistischer Konkurrenz

Diese Schlussfolgerung lässt keine andere Wahl, als all jene Ideen und Systeme neu zu bewerten, die auf der Idee des individualistischen Wettbewerbs der Starken und Fähigen beruhen. Wenn es hart auf hart kommt, scheinen wir stattdessen auf Familie und Zusammenarbeit angewiesen zu sein. Es ist jetzt klar, dass die Existenz von Familie und Kooperation die „stille“ Garantie und soziale Basis in der Gesellschaft ist, die den Wettbewerb der Starken und Fähigen ermöglicht. Diese Situation zeigt auch, dass Märkte und Wettbewerb von einer funktionierenden Regierung und von der fürsorgenden Seite unserer Gesellschaften abhängen. Ein großer Teil der Wirtschaft kann einfach nicht funktionieren, wenn Bildung und Kinderbetreuung nicht mehr vorhanden sind. Die Wirtschaft kann nicht funktionieren, wenn es keine integrative Gesundheitsversorgung gibt. Die Wirtschaft kann nicht unabhängig von der Gesellschaft funktionieren. Das war schon immer so, wie wir als Sallux betont haben, aber diese Wahrheit wurde nicht ausreichend wahrgenommen und hatte nicht die nötige Gewichtung. Die Frage ist, ob sich dies jetzt ändern wird, da wir die wirkliche Realität erfahren haben, statt der Illusion, in der wir zu leben glaubten.

Die Notwendigkeit, unsere Wirtschaft grundlegend an die wirklichen Bedürfnisse anzupassen

Wir alle sind plötzlich aufgewacht und wussten, wer „systemrelevante Arbeitskräfte“ sind. Unsere lebenswichtigen Mitarbeiter sind Krankenschwestern, Ärzte, Lastwagenfahrer, Kassierer, Kartonabfüller in Supermärkten, Kuriere, die Pakete ausliefern, und Lehrer. Unsere Wirtschaft ist letztlich dazu da, das Leben zu erhalten, und daher zutiefst beziehungsorientiert und abhängig von denen, die bereit sind zu dienen. Wir applaudieren (zu Recht) den couragierten Beschäftigten im Gesundheitswesen, die nun im Gegenzug (zu Recht) fordern, dass ihre Gehälter und Unterstützung endlich entsprechend angepasst werden. Diese Situation hat die Frage der gerechten Bezahlung wieder aufgeworfen. Im weiteren Sinne hat die Situation gezeigt, dass die Finanzströme nicht dort sind, wo sie sein sollten, wenn wir den tatsächlichen Bedarf berücksichtigen



und wo das tatsächliche Angebot und die tatsächliche Nachfrage sind. Wie auch immer diese Krise ausgeht, wir stecken da alle gemeinsam drin, und der Finanzsektor wird zur Lösung beitragen müssen, anstatt weiterhin Finanzmittel aus der Realwirtschaft abzuziehen.

Veränderung ist offensichtlich möglich, warum haben wir es nicht schon früher getan?

Die Tatsache, dass es den Regierungen plötzlich möglich ist, weitreichende Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitnehmer und der Realwirtschaft einzuführen, wirft eine interessante Frage auf und gibt einen wichtigen Hinweis auf die Zukunft. Wenn es jetzt möglich ist, der Realwirtschaft, den kleinen und mittleren Unternehmen und den Arbeitnehmern Vorrang einzuräumen, was hat uns dann früher davon abgehalten? Ist etwas dran an der Vorstellung, dass konventionelle wirtschaftliche Argumente hauptsächlich dazu dienen, den Status quo zu wahren und Besitzstandsinteressen zu bedienen, ohne die tatsächlichen Bedürfnisse der Mehrheit zu berücksichtigen? Deshalb ist es so wichtig, dass der Economic Summit (eine unserer Mitgliedsorganisationen) das „Center for Economics & Mutuality“ initiiert hat, das auf der gemeinsamen Arbeit aufbaut, die seit 2014 zusammen mit Sallux geleistet wurde. Wir brauchen eine tiefgreifende Reform unseres wirtschaftlichen Denkens, um die Politik entsprechend anzupassen. Wir gratulieren dem Economic Summit zu diesem Schritt in die richtige Richtung. Wir brauchen wissenschaftliche, evidenzbasierte Antworten ungeachtet der menschlichen Schwächen und Mängel in der Wissenschaft. [...]

Wir alle stecken hier gemeinsam drin

„Wir stecken da alle gemeinsam drin“ wurde in den letzten Wochen so oft kommuniziert, dass es unmöglich ist, es zu ignorieren. Wenn das stimmt, dann stimmt auch noch etwas Anderes: Es ist von Bedeutung, was außerhalb unserer nationalen und EU-Grenzen ge-

schieht, da es uns betreffen wird. Sallux ist oft dort gewesen, wo die Themen, die uns beeinflussen, beginnen: am Ursprung von Problemen, die oft nicht in Europa, sondern außerhalb Europas liegen. Das bedeutet, dass wir internationale Solidarität mit den Menschen und Gemeinschaften brauchen, die bedroht und unterdrückt werden. Auf diese Weise erkennen wir unsere gemeinsame Menschenwürde an. Wenn sie ihre grundlegenden Freiheiten genießen können, entdecken wir, dass sie der Schlüssel zur Lösung von Problemen sind, die internationale Auswirkungen haben. Diese Krise zeigt jedoch auch, dass autoritäre Regime nicht Teil der Lösung sind, sondern die Ursache von Problemen und der Grund dafür, dass diese Probleme fortbestehen. Deshalb brauchen wir die EU. Die EU befindet sich in einer Krise, da sie versucht, die Forderungen der Wähler in den Mitgliedsstaaten mit der Notwendigkeit europäischer Solidarität in Einklang zu bringen. Wir stellen erneut fest, dass die EU nur dann eine Zukunft hat, wenn sie sich in einem neuen Gleichgewicht zwischen diesen beiden Realitäten reformieren kann, die beide auf der Menschenwürde basieren.

Wir sind nicht allein

In vielen europäischen Ländern findet die Zivilgesellschaft Wege, um Menschen zu erreichen, die allein zu Hause sind und/oder denen es an wesentlicher Hilfe mangelt. Für sie und viele von uns mag es sich so anfühlen, als ob wir allein sind und dass es wenig Hoffnung für die Menschheit gibt.

Der niederländische Premierminister erklärte öffentlich, dass „Ostern ein Fest der Hoffnung ist“, nachdem er sehr öffentlich eine Kirche besucht hatte. Es gibt einen weltweiten Aufruf zum Gebet und das weit verbreitete Gefühl, dass der christliche Glaube in dieser Pandemie sehr relevant ist. An Ostern sehen wir das Kreuz und unsere Schwäche und Verwundbarkeit und die Auferstehung und die letztendliche Hoffnung und Botschaft, dass wir nicht verloren oder allein sind. In Christus verstehen und entdecken wir den letzten Grund, warum wir eine gemeinsame Menschenwürde haben. Und Er sagte in Seinen Worten der ultimativen Hoffnung: „In der Welt seid ihr in Bedrängnis; aber habt Mut: Ich habe die Welt besiegt.“

Johannes de Jong
Direktor Sallux ECPM Foundation

Den englischen Originaltext finden Sie unter
<https://us14.campaign-archive.com/?e=17e836b647&u=faebcae099d704bcb4586b42a&id=5770020cba>

Petition an die Bundesregierung

Kontaktsperren für Familien aufheben!

Laut Erlass der Bundesregierung und verschiedener Länderverordnungen betrafen die Kontaktsperren anlässlich der Corona-Krise auch Familienmitglieder, die nicht im selben Haushalt leben. Bündnis C forderte in einer Petition an die Bundesregierung die Aufhebung von Kontaktsperren für Familien, damit diese ihre besonders in Krisenzeiten wichtige Sozialverantwortung ausüben können.

Hier der Wortlaut der Petition:

Verwandte außerhalb des eigenen Haushaltes werden in verschiedenen Verordnungen wie Fremde behandelt und damit von ihren Familienangehörigen isoliert. Großeltern sollen ihre Enkel nicht besuchen und umgekehrt. Vor Ostern haben einige Bundesländer ihre Erlasse nochmals verschärft und die unterschiedlichen Regelungen verunsichern die Menschen zusätzlich. Damit wird die gerade in Krisenzeiten unentbehrliche gegenseitige Unterstützung von Familienmitgliedern unterbunden. Einerseits wird von Frauen- und Kinderrechtsorganisationen zunehmende Gewalt in Familien in der Krise beschworen, obwohl Polizeidienststellen keine zunehmenden Einsätze wegen häuslicher Gewalt verzeichnen. Andererseits werden Familienmitglieder daran gehindert, einander in den vielfältigen Belastungen zu helfen, die sie durch geschlossene Kitas, Schulen und Sozialeinrichtungen, Jobverlust und andere existenzielle Sorgen zu tragen haben. Hilfe darf nicht nur in Notfällen dem Nachbar erlaubt sein, sondern muss für Familien generationen- und ortsübergreifend möglich sein und gefördert werden. Großeltern stecken sich bei den Enkelkindern nicht wahrscheinlicher an als im Supermarkt. Und wo Menschen anstelle der Hilfe von Verwandten Hilfsdienste oder Firmen beauftragen müssen, sind sie dem An-

steckungsrisiko durch deren Mitarbeiter genauso ausgesetzt und haben zusätzlich die Kosten zu tragen. Staatspaternalistische Vorschriften verschärfen die Belastung von Familien statt sie zu bevollmächtigen. Die Isolation des Individuums schwächt die Zivilgesellschaft, wo ihre natürlichen, stabilsten Beziehungen am meisten gebraucht werden.

Wir fordern die Abkehr von einem rein biologistisch begründeten Krisenmanagement. Die soziale Verantwortung von Familien geht weit darüber hinaus, Ansteckung zu vermeiden, und muss besonders in Krisenzeiten gestärkt werden. Stress kann weitaus länger und beeinträchtigender krankmachen als das Virus. Wir fordern bundesweit die umgehende Aufhebung von Kontaktsperren für Familienmitglieder ersten und zweiten Grades unabhängig vom gemeinsamen Haushalt und Wohnort, damit Familien ihre tragende Sozialverantwortung wahrnehmen können.

<https://www.citizengo.org/de/fm/178240-kontaktsperren-fuer-familien-aufheben>

The screenshot shows the Citizengo website interface for a petition. At the top, there is a navigation bar with 'HOME', 'ÜBER UNS', 'KAMPAGNEN', 'PRESSE', 'SPENDEN', and 'MITGLIED'. The petition title is 'Kontaktsperren für Familien aufheben!'. Below the title is a progress bar showing 369 signatures out of a goal of 500. The text of the petition is visible, starting with 'Laut Erlass der Bundesregierung und verschiedener Länderverordnungen betreffen die Kontaktsperren anlässlich der Corona Krise auch Familienmitglieder, die nicht im selben Haushalt leben...'. On the right side, there is a sign-up form with fields for 'Vorname', 'Familienname', 'E-Mail', and 'Postleitzahl'. There are also two radio button options for consent and a red 'UNTERZEICHNEN' button.

Spendenaufruf

Liebe Mitglieder und Interessenten,

auch wenn zurzeit vieles pandemiebedingt „stillgelegt“ ist, geht bei Bündnis C die Arbeit weiter und die ist nicht gerade wenig.

Für ausschließlich ehrenamtlich tätige Vorstandsmitglieder ist vieles nicht zu schaffen, was wir gern tun würden, um die Partei voranzubringen. Deshalb suchen wir nach wie vor einen Bundesgeschäftsführer. Den können wir aber erst einstellen, wenn die Finanzierung sichergestellt ist, d. h. dass Gehalt und Gehaltsnebenkosten jeden Monat zur Verfügung stehen.

Wir danken unseren Mitgliedern herzlich, die sich für regelmäßige Spenden bereit erklärt haben, so dass zurzeit ein Monatsbetrag von 235 € zusammen kommt. Das ist aber noch nicht ausreichend. Daher möchten wir Sie erneut bitten zu prüfen, ob Sie monatlich einen Betrag entbehren können, damit die Arbeit bei Bündnis C sichergestellt wird.

Ein hauptamtlicher Geschäftsführer ist vor allem notwendig, um das operative Geschäft qualifiziert abzudecken und die Partei strukturell belastbar aufzustellen. Wir arbeiten außerdem an einem Konzept für interne Kommunikation, und die Öffentlichkeitsarbeit muss kontinuierlich am Laufen gehalten werden. Im Februar haben wir auf dem Willow Creek Kongress unseren neuen Messestand eingeweiht, Flyer überarbeitet und es sind neue Werbemittel in Arbeit. An dieser Stelle herzlichen Dank an Andreas Wolff, der die Materialien entworfen hat!

Bitte helfen Sie mit, dass Bündnis C als Rufer und Mahner in Deutschland mit christlich-innovativer Politik weitverbreitet bekannt gemacht werden kann. Gerade jetzt, in dieser Zeit, sind wir notwendiger denn je.

Gott schütze Sie!

Ute Büschkens-Schmidt
Stellvertretende
Bundesvorsitzende



Dr. Rainer Simon, Daniel Gräber und Karin Heepen präsentierten Bündnis C am Messestand auf dem Willow Creek Leitungskongress im Februar 2020

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in Deutschland und in andere EU-/EWR-Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts: **Bündnis C – Christen für Deutschland**

BIC: **KARSDE66XXX**

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen): **Bündnis C – Christen für Deutschland**

IBAN: **DE60660501010108232562**

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen): **KARSDE66XXX**

Betrag: Euro, Cent

Kunden-Referenznummer - Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Zahlers

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen, bei maschineller Beschriftung max. 2 Zeilen à 35 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN: **08**

Datum: _____ Unterschrift(en): _____

423 457 DG VERLAG

Schreibmaschine: normale Schreibweise | Handschrift: Blockschrift in GROSSBUCHSTABEN und dabei Kästchen beachten!

Aus den Landesverbänden

Baden-Württemberg

Unsere Aktivitäten

In unserem Landesverband haben wir schon die kommende Landtagswahl (März 2021) im Blick. Durch das besondere Wahlsystem hat jeder Wähler nur eine Stimme. Das heißt, im jeweiligen Wahlkreis können nur Direktkandidaten gewählt werden. Es gibt keine Zweitstimme, d.h. wir können keine Landesliste aufstellen.

Deshalb bemühen wir uns, in den 70 Wahlkreisen Baden-Württembergs möglichst viele Direktkandidaten zu finden. Dazu sollen unsere **Wohnzimmertreffen** dienen. Hier lernen wir uns kennen. Wir informieren, welche Voraussetzungen für eine Landtagskandidatur vorliegen und welche Formalitäten zu erfüllen sind. Es zeigt sich immer wieder, dass es gar nicht so schwierig ist, Landtagskandidat/in zu werden.

Bisher fanden Wohnzimmertreffen in Remchingen (am 9.01.2020, 8 Teilnehmer), in Kirchheim/Teck (am 10.01.2020, 4 Teilnehmer) und in Freudenstadt (am 4.02.2020, 22 Teilnehmer) statt. Bei guter Atmosphäre lernten wir uns kennen. Es wurde allgemein über Bündnis C berichtet. Dr. Rainer Simon teilte seine Überlegungen zur aktuellen politischen Situation in Deutschland mit. Zum Schluss machten wir uns noch über die kommende Landtagswahl in Baden-Württemberg und über die Aufstellung eines Landtagskandidaten Gedanken.

Ein weiteres Highlight war unser **Seminar „Als Laie in die Politik – wie macht man das?“**. Vom 6. bis 7. März 2020 trafen wir uns in Rot am See. Wir waren 10 Teilnehmer. Tobias Schäfer, ein Coach und Lebensberater mit politischer Erfahrung, führte eine motivierende und engagierte Schulung durch. Jede Tageseinheit begann mit Lobpreis und einer Andacht. Dann waren alle bestens auf die Inhalte des Seminars eingestimmt.

In einer guten Gemeinschaft konnten wir Theorie und Praxis beim politischen Auftreten lernen und üben. Die Teilnehmer wissen nun, was auf sie z. B. an einem Stand auf dem Marktplatz zukommt. Sie haben auch das Handwerkszeug bekommen, um eine politische Argumentation und einen Disput führen zu können.

Wir wollen die Wohnzimmertreffen weiterführen und werden in den jeweiligen Wahlkreisen dazu einladen, sobald wieder Versammlungen möglich sind. Auch das Seminar kann wiederholt werden, wenn Interesse besteht.

Dr. Rainer
Simon

Stellvertretender
Landesvorsitzender
Baden-Württemberg



*Motivierte und fröhliche Teilnehmer
beim Seminar in Rot am See*

Sachsen

Bericht vom Landesparteitag

Wir trafen uns am 7. März 2020 in Nossen, um die Neuwahl des Landesvorstandes vorzunehmen. Gewählt wurden:

Thomas Lamowski als Landesvorsitzender
Martin Rübner als Stellver. Landesvorsitzender
Samuel Weiß als Landesschatzmeister
Andreas Türpe, Hartmut Voß, Martin Stiehler und
Janko Vieweg als Beisitzer

Am Landesparteitag wurden außerdem folgende Themen besprochen:

Wir bedauern den Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes zu §217 Strafgesetzbuch. Ist der Mensch wirklich Eigentümer seines Lebens oder Verwalter? Es gibt kein unwürdiges Leben, nur unwürdige Umstände, und es gibt mittlerweile sehr gute Schmerztherapien. Der Unterschied des Christentums zum Humanismus ist die Evolution: der Starke frisst oder verdrängt den Schwachen. Es braucht Hinwendung und Hilfe für die Schwachen. Zu dem oft gehörten Einwand älterer und kranker Mitmenschen „Ich bin doch nur eine Last für andere“ sagen wir: Das ist normal. Gerade am Anfang und am Ende des Lebens ist man auf andere angewiesen. Nützlichkeit ist kein Kriterium für die Würde des Menschen. Sterbehilfe birgt die enorme Gefahr der einfachen Entledigung von Verantwortung.



Zum Umgang mit anderen Parteien: Wir haben uns nach kurzer Diskussion darauf geeinigt, mit allen Parteien zu reden und, wo es Schnittmengen gibt, zusammenzuarbeiten. Unvereinbarkeiten geben unsere Satzung und die Grundsätze vor sowie das persönliche Gewissen und unsere Verantwortung vor Gott.

Koalitionsvertrag der sächsischen Landesregierung: Wir begrüßen, dass das Landeserziehungsgeld erhalten bleibt und ausgebaut werden soll. Zur wirtschaftlichen Entwicklung haben wir Bedenken zur Stabilität der Energieversorgung in der Zukunft. Wir befürworten die Forschung zum Wasserstoff-Antrieb für Autos. Es wurde die Befürchtung geäußert, dass die jetzigen Elektroautos schnell von anderen Technologien verdrängt werden.

Thomas Lamowski
Landesvorsitzender Sachsen

Nachruf

Der Landesvorstand Sachsen erfuhr im November, dass

Lennhard Posselt

geb. 18.01.1952, Beisitzer im Landesvorstand Sachsen, im Sommer 2019 heimgegangen ist.

Er war ein aktives Mitglied aus dem Dreiländereck Polen, Tschechien und Deutschland. Von Beruf war er Gärtnermeister und mittlerweile Frührentner und litt unter sehr starken Schmerzen.

Zeitweise leitete Lennart Posselt die Regionalsynode Oberlausitz der Sächsischen Landeskirche. Mit einem Verein und Gottes Gnade machte er ein kirchliches Freizeitheim, das verkauft werden sollte, zu einem der erfolgreichsten in Sachsen.

Gerade von dieser Arbeit konnte er uns viele Zeugnisse geben, wie unser Herr Jesus Glauben und konsequente Nachfolge belohnt. Wir bekamen von ihm viele gute Ratschläge, aber auch Einblicke in die Probleme der Grenzregion.

Lennart Posselt hinterlässt seine Frau und vier erwachsene Kinder.

Wir danken unserem Herrn für diesen Bruder.

Der Landesverband Sachsen

Niedersachsen

Landesparteitag am 25.01.2020
in Hannover

Die Mitglieder haben gewählt.

Hier der neue Landesvorstand für Niedersachsen:



Thomas Wiethe wurde als Landesvorsitzender einstimmig wiedergewählt. Als Stellvertreter wurden Klaus Dieter Schlottmann und Hermann Bohnenkamp und als Schatzmeister Emil Weigand einstimmig gewählt. Beisitzer wurden Martin Schönhoff, Harald Baumgart, Jens Kowalzik und Annegret Spilker. Es konnte ein Bündnis C Gebetskreis gegründet werden.

Unsere Mandatsträger aus der Kommunalpolitik haben uns einen tiefen Einblick in ihre Arbeit gestattet. Martin Schönhoff aus dem Gemeinderat Wedemark bildet mit der FDP eine Gruppe mit den Schwerpunkten Bildung, Familie und Soziales, um in den entsprechenden Ausschüssen mitarbeiten zu können. Martin Schönhoff möchte in 2021 erneut für den Gemeinderat kandidieren.

Hermann Bohnenkamp berichtet aus dem Gemeinderat Bad Essen. Er bildet mit 11 SPD Mitgliedern und einem FDP-Mitglied eine Gruppe mit dem Schwerpunkt Kinder- und Jugendhilfe. Die Gruppe arbeitet sachbezogen gut zusammen. Auch Hermann Bohnenkamp möchte 2021 wieder zur Wahl antreten.

Klaus-Dieter Schlottmann plant für den Stadtrat in Gifhorn wieder zu kandidieren.

Der designierte Landesvorsitzende spricht über die Agenda zur Kommunalwahl und das gewünschte Kandidatenprofil. Die Direktansprache von potentiellen Kandidaten beginnt ab sofort. Es laufen außerdem Gespräche mit Ratsherren aus dem Stadtrat Hannover über

eine Zusammenarbeit mit Bündnis C. Potentielle Kandidaten sollten im Grundgesetz und in der Bibel fest verankert sein und die Trennung von Staat und Kirche respektieren. Sie müssen aktiv auf Menschen zugehen können und wissen, dass der Kommunalwahlkampf viel Zeit kostet, und bereit sein, diese für Bündnis C zu investieren. Zunächst folgt also die Kandidatenkür und gipfelt im Herbst oder im Frühjahr in der Aufstellungsversammlung, um genug Zeit für Werbung und ggf. für das Sammeln von Unterstützungsunterschriften zu haben.

Der Landesvorsitzende spricht über die geplante Aufbauarbeit im Bundesverband und damit in den Ländern. Zu diesem Zweck sollen auf Landesebene die folgenden Teams gegründet werden:

Team Landesverbandsaufbau Niedersachsen mit den Mitgliedern Emil Weigand, Hermann Bohnenkamp und Klaus Dieter Schlottmann

Team Öffentlichkeitsarbeit mit den Mitgliedern Thomas Wiethe, Jacques Roland, Klaus Dieter Schlottmann und Harald Baumgart.

Der Landesverbandsaufbau zielt auf Mitgliedergewinnung und Betreuung und den Aufbau von Verbandsstrukturen ab. Ideen dazu sind Veranstaltungen wie Wohnzimmertreffen, Nachbarschaftstreffen und eine Roadshow durch die Gemeinden. Das Team Öffentlichkeitsarbeit ist für interne und externe Kommunikation zuständig, den Aufbau eines Presseverteilers und die Pflege des Internetauftritts. Bei der nächsten Landesvorstandssitzung wird das PR Konzept für Niedersachsen vorgestellt.

Es war insgesamt eine gesegnete Zeit in großer Eintracht. Wir gingen mit vielen guten Ideen nach Hause. Bündnis C ist eine starke Gemeinschaft für Niedersachsen/Bremen.



Nordrhein-Westfalen

Treffen für Mitglieder und Interessenten

Am 29. Februar 2020 gab es die Möglichkeit, sich das erste Mal zu einem Austausch zur Gründung eines Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen zu treffen. Ich bedanke mich bei der Josua Kirche in Dortmund, die uns ihre Räume zur Verfügung stellte.

Es war der Wunsch von mehreren Mitgliedern und Interessenten, an einer Gründung des Landesverbandes in NRW mitzuwirken. Ich bin vom Bundesvorstand beauftragt worden, dies zu koordinieren und bei der Verbandsgründung zu helfen. Zweck des ersten Treffens war, sich kennen zu lernen und auszutauschen, aber auch die Möglichkeit, Fragen zu stellen und Material mitzunehmen. Leider konnten an dem Treffen nur zwei Personen teilnehmen. Trotzdem hatten wir eine gute Zeit und einen regen Austausch und bleiben in Verbindung.

In Zukunft ist öfter eine Videokonferenz geplant, um in Kontakt zu bleiben, da aufgrund der Corona-Beschränkungen wir uns im Moment nicht treffen konnten.

Alle Mitglieder und Interessenten, die weiter am Aufbau eines Landesverbandes in NRW interessiert sind, können sich gern an mich wenden: Verena.Thuemmel@buendnis-c.de



Ankündigung Bundesparteitag

Der diesjährige ordentliche Bundesparteitag findet am 10. Oktober 2020 in Fulda statt.

Unsere Mitglieder erhalten die Einladung mit den Beschlussvorlagen satzungsgemäß im September 2020.

Der Parteitag ist öffentlich. Gäste sind willkommen.

Die konkrete Ausgestaltung wird sich nach den dann geltenden Vorschriften richten.

Bitte reservieren Sie den Termin!

Anträge zum Bundesparteitag sind satzungsgemäß bis zum 10.09.2020 bei der Bundesgeschäftsstelle einzureichen.

Jetzt anmelden!

Keiner Erpressung durch die Türkei nachgeben



Über der Corona-Krise drohen die Gefahr an den Grenzen Griechenlands durch neue Flüchtlingsströme aus der Türkei und die Zustände in den griechischen Lagern in Vergessenheit zu geraten. Präsident Erdogan will damit weitere Zahlungen der EU aus dem Flüchtlingsdeal erpressen. Stattdessen sollte die EU Sanktionen gegen die Türkei verhängen, um diesen Missbrauch der Flüchtlinge gegen Europa zu stoppen.

Die Türkei hält seit 2018 nach einer Vereinbarung mit Russland zwölf Militärstützpunkte in der syrischen Provinz Idlib besetzt und hat seit 2016 immer neue Regionen entlang der Grenze auf syrischem Staatsgebiet annektiert: 2016 Dscharablus, 2018 Afrin, 2019 Tel Abyad und Ras al-Ain. Das türkische Militär kämpft zusammen mit den islamistischen Rebellentruppen der Freien Syrischen Armee und der al-Nusra-Front (al-Qaida) im Westen gegen das Assad-Regime und östlich des Euphrat gegen die kurdisch geführte Demokratische Selbstadministration (DSA) in Nordostsyrien.

Im Februar begann das Assad-Regime mit russischer Unterstützung neue Angriffe auf Idlib, um diese letzte

Bastion der Rebellentruppen zurückzuerobern. Damit wurde erneut ein dramatischer Flüchtlingsstrom in Richtung der türkischen Grenze ausgelöst, die Erdogan jedoch abriegelt. Um seine Kontrolle über Idlib zu erhalten, schickte er zusätzliche Einheiten der türkischen Armee über die Grenze, die das Assad-Regime angriffen. Daraufhin beschossen Assad-Truppen und Russland die türkischen Stützpunkte in Idlib. Seitdem steht die Türkei mit den dschihadistischen Truppen der Armee Assads mit der Unterstützung Russlands in einem direkten Krieg gegenüber. Mithilfe türkischer Raketen, schwerer Waffen, Drohnen und Flugzeuge haben die Dschihadisten seit Ende Februar die Assad-Truppen nach Süden zurückgedrängt.

Nach zahlreichen Opfern der Kämpfe auf türkischer Seite forderte Erdogan den Beistand der NATO-Partner in seinem Krieg gegen Syrien ein, den er selbst mit seinen völkerrechtswidrigen Interventionen begonnen hat. Hinter dem Assad-Regime hingegen steht außer Russland auch der Iran, der jedoch durch die Sanktionen und massive Corona-Ausbrüche stark geschwächt ist.

Expansion in Richtung Libyen

Parallel hat Erdogan seit Januar türkische Truppen und dschihadistische Söldner aus Syrien nach Libyen verlegt zur Unterstützung des libyschen Premier al-Sarradsch. Mit einem im November mit der libyschen Regierung geschlossenen Abkommen will Erdogan die zwischen beiden Staaten bestehenden Seegrenzen neu ziehen und sich damit Erdgasfelder im östlichen Mittelmeer sichern. Damit würde die geplante Gaspipeline zwischen Israel, Ägypten und Griechenland abgeschnitten, die auch die EU unabhängiger von russischem Gas machen soll. Ägypten kritisierte die türkische Präsenz in Libyen und deren Kollaboration mit Muslimbrüdern und anderen Islamisten als Versuch der türkischen Regierung, ihre Macht in Regionen des ehemaligen Osmanischen Reichs auszuweiten.

Kein NATO-Bündnisfall

Seit Anfang März setzte das türkische Regime die EU und die NATO unter Druck, ihren Krieg gegen Syrien zum Bündnisfall zu erklären, indem es zehntausende Flüchtlinge vor allem aus Afghanistan und dem Iran an die griechische Grenze transportierte, um sie zu stürmen und einen neuen Flüchtlingsstrom nach Europa auszulösen. Europa soll die Kritik an den illegalen türkischen Invasionen und Menschenrechtsverletzungen in Nordost-Syrien und Afrika einstellen. Außerdem will Erdogan weitere Mittel aus dem Flüchtlingsdeal mit der EU von 2016 erpressen. Die Türkei beherbergt etwa 4 Millionen Flüchtlinge aus Syrien. Für deren Versorgung erhielt sie seit dem Deal von der EU bisher 3 Milliarden €.

Die Türkei trägt die Verantwortung

Angesichts der Erpressungsversuche der Türkei müssen die EU und die NATO klarstellen, dass Europa in keiner Weise Verantwortung trägt für die Kriege in Syrien und damit in keiner Pflicht steht, für die Schäden und Katastrophen aufzukommen, die diktatorische Regime im Nahen Osten verursachen. Gegen den von Erdogan erzeugten Ansturm an der Grenze zu Griechenland wurden die Maßnahmen zum gemeinsamen Schutz der EU-Außengrenzen mit FRONTEX Einheiten verstärkt. Statt weiterer Zahlungen aus dem Flüchtlingsdeal sollte die EU Sanktionen gegen die Türkei verhängen, um diesen Missbrauch der Flüchtlinge gegen Europa zu stoppen. Das türkische Regime darf keine Gelegenheit erhalten, das christlich-humanistische Selbstverständnis Europas mit provozierten Flüchtlingsströmen zu missbrauchen.

Recht auf Asyl garantieren

Gleichzeitig stehen wir mit unserem humanitären Verständnis von Menschenwürde und Barmherzigkeit in der moralischen Verantwortung, das Elend der missbrauchten Menschen an den Grenzen der EU zu lindern. Neben der Sicherung der Außengrenzen braucht es kontrollierte Zugänge, mit denen wir das Recht auf Asyl weiterhin Verfolgten und den Bedürftigsten gewähren. Für die Realisierung muss die EU vor allem in den Lagern Griechenlands und Italiens schnellstens solidarische Hilfe schaffen, um einen Bürgerkrieg zwischen Einheimischen und Flüchtlingen zu verhindern.

Internationale Schutzzone

Nicht zuletzt gefährden die imperialistischen Pläne Erdogans und das Agieren des Assad-Regimes mit Russland und dem Iran die Sicherheit Israels. Hier stehen wir mit den USA zusammen in der Pflicht, feindliche Vernichtungspläne zu vereiteln. Entlang der syrischen Grenze zur Türkei braucht es eine internationale Schutzzone der NATO, um die Expansionskriege Erdogans zu stoppen. Die Syrisch-Demokratischen Streitkräfte (SDF) und die Demokratische Selbstverwaltung (DAS) in Nordostsyrien brauchen von Europa und den USA Unterstützung, um in den befriedeten syrischen Gebieten die Voraussetzungen für die Rückkehr und Ansiedlung syrischer Flüchtlinge aus der Türkei zu schaffen. Damit werden der Türkei die Flüchtlinge als Druckmittel aus der Hand genommen. Waffenexporte an NATO-Partner Türkei verbieten sich von selbst, bis das Regime seine völkerrechtswidrigen Aggressionen aufgibt.



Karin Heepen

Bundsvorsitzende
Bündnis C

Nein zur gewerbsmäßigen Sterbehilfe

Am Aschermittwoch hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass das Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung verfassungswidrig ist. Bündnis C mahnt, dass die Gleichsetzung des Rechts auf Leben und des Rechts auf Tod der organisierten Sterbehilfe die Tore öffnet.

Nach Artikel 2 des Grundgesetzes hat jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt. Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich.

Diese Freiheit der Person reklamiert das BVG in seinem Urteil vom 26.02.2020 auch für ein selbstbestimmtes Sterben. Das Verbot der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung verletzt demnach das allgemeine Persönlichkeitsrecht, seinem Leben selbstbestimmt ein Ende zu setzen. Denn der Staat muss auch dafür sorgen, dass für die Selbsttötung „... hinreichend Raum zur Entfaltung und Umsetzung verbleibt.“ Ärzte zeigen bislang wenig Bereitschaft, Suizidhilfe zu leisten, und können dazu auch nicht verpflichtet werden.

Die selbstbestimmte Verfügung über das eigene Leben bezeichnet das BVG als unmittelbaren Ausdruck der der Menschenwürde innewohnenden Idee autonomer Persönlichkeitsentfaltung. Diese Definition der Menschenwürde lehnen wir ab, da der Mensch sich weder selbst das Leben, noch seine Würde geben kann. Im Gegenteil nimmt er sich mit der Selbsttötung das Leben und seine Würde und gibt sie damit auf.

Deshalb verpflichten Art. 1 Abs. 1 Satz 2 GG in Verbindung mit Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG den Staat nicht, die Autonomie des Einzelnen bei der Entscheidung über die Beendigung seines Lebens zu schützen. Und schon gar nicht wird, wie im Urteil des BVG behauptet, dadurch das Leben als solches geschützt, sondern verwirkt.

Wie in der Urteilsbegründung zutreffend festgestellt wird, ist in Ländern mit liberalen Regelungen zur Suizid- und Sterbehilfe ein stetiger Anstieg assistierter Selbsttötungen und von Tötungen auf Verlangen zu verzeichnen. Dieser Anstieg geht mit dem vom BVG statuierten Irrglauben einher, dass „der eigene Tod nicht mehr als unbeeinflussbares Schicksal hingenommen werden muss.“

Wo sich der Mensch zum Herrn über Leben und Tod aufschwingt, ist niemand mehr seines Lebens sicher – weder ungeborene Kinder, noch alte, kranke oder behinderte Menschen, noch Gegner dieser Kultur des Todes.



Der Staat darf nach dem Grundgesetz zurecht nicht die Freiheit und Selbstbestimmung der Bürger einschränken, aber er muss den gesetzlichen Rahmen schaffen, dass die Bürger diese Freiheit in Verantwortung füreinander wahrnehmen, und nicht in radikaler Selbstbezogenheit. Selbstbestimmte Autonomie als höchstes Dogma gerät zwangsläufig mit der Verantwortung z. B. von Angehörigen in Konflikt, die ihr selbstbestimmtes Leben einschränken zugunsten der Pflege eines alten Menschen. Diese Opferbereitschaft und bestmögliche Behandlung Schwerkranker zu stärken muss das Anliegen einer humanen Gesellschaft sein, und nicht die Giftspritze zu reichen. Ethik hat entweder Sozialcharakter oder sie wird zur tödlichen Selbstbezogenheit pervertiert.

Am Aschermittwoch wurde vom Bundesverfassungsgericht die Entscheidung über Leben und Tod in das Ermessen des Individuums gestellt und der gesellschaftliche Schutz des Lebensendes eingäschert. Die autonome Entscheidung des Einzelnen ist jedoch kein zuverlässiger Kompass für den Schutz des Lebens, die gewerbsmäßige Hilfe zum Suizid hingegen eine Tür, die zuverlässig in den Tod führt. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Gesetz so neu zu formulieren, dass es nicht der Hilfe zum Sterben, sondern der Hilfe zum Leben unanfechtbar Geltung verschafft.

Formular zum Anfordern von Infomaterial

Schneiden Sie diese Seite aus und geben Sie sie auch an Freunde weiter!

Ich habe von Bündnis C gehört und möchte mehr erfahren, bitte senden Sie mir Folgendes zu:

- Das Kennenlern-Infopaket (Aktuelle Falblätter und die Grundsätze sowie die aktuelle Ausgabe des Magazins EINDRUCK)
- Ich brauche ____ Stück von den Handzetteln
- Ich brauche ____ Stück von den Treppenfalz-Falblättern
- Ich brauche ____ Stück vom aktuellen EINDRUCK-Magazin zum Auslegen bei _____ bzw. für das Verteilen im Bekanntenkreis.
- Ich brauche ____ Stück von den Grundsätzen und Eckpunkten.

Mein Anschrift, unter der ich postalisch erreichbar bin:

Anrede: _____

Name: _____

Vorname: _____

Straße und Hausnummer, evtl. Adresszusatz:

PLZ und Ort: _____

Telefonnummer oder E-Mail-Adresse für Rückfragen:

Bitte postalisch senden oder per Handyfoto mailen an:

Bündnis C – Christen für Deutschland
 Bundesgeschäftsstelle
 Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe
 E-Mail: info@buendnis-c.de

Dafür stehen wir ...
 Als Christen sind wir nicht dem politischen Zeitgeist verpflichtet, sondern Gottes gutem Willen für diese Welt. Wir breiten zukunftsfähige Politik mit gutem Gewissen!

Eckpunkte und Grundsätze unserer Politik:

Freiheit in Verantwortung vor Gott und Menschen
 Gewissen- und Religionsfreiheit sind Recht und Pflicht. Balance von Rechten des Einzelnen und Gemeinwohl. Ethische Fundamente des Zusammenlebens sichern.

Leben schützen und aufwerten
 Kinder willkommen heißen - Adoption statt Abtreibung. Schwache stützen, Behinderte integrieren. Altern in Würde. Familienzusammenhalt gegen Pflegenestand.

Zukunftsmodell Familie statt Gender-Ideologie
 Gesunde Ehen und Familien für eine gesunde Gesellschaft. Kinder schützen, Jugend befähigen. Sozialverantwortung der Generationen füreinander.

Erziehung und Bildung integrativ
 Erziehungsverantwortung der Eltern stärken. Freies Wettbewerb von Bildung, Forschung und Lehre. Flüchtlinge verantwortlich ausbilden.

Marktwirtschaft: für den Menschen, fair, kooperativ
 Nachhaltigkeit mit familiengerechten Arbeitsbedingungen. Bürokratieabbau und einfacheres Steuersystem. Bedingtes Grund- und Erziehungsgehalt.

Schöpfung, Umwelt und Natur bewahren
 Angerechte Tenhaltung und lebensnahe Landwirtschaft. Artenvielfalt erhalten, keine Monokulturen fördern. Nachhaltige Umwelt- und Energiepolitik statt Alarmismus.

Außenpolitik, Islam und Israel
 Starke Positionen für ein starkes Europa. Politischen Einfluss des Islam stoppen. Besondere Verantwortung Deutschlands zu Israel stehen.

bündnis C
 Bündnis C - Christen für Deutschland
 Bundesgeschäftsstelle
 Postfach 4 108 10
 76138 Karlsruhe
 E-Mail: info@buendnis-c.de

www.buendnis-c.de

Kürzer geht es kaum:
 Unser Mini-Handzettel liefert einen Schnellüberblick über das Positionsspektrum von Bündnis C.

Wir stehen zu Israel!

bündnis C
 Christen für Deutschland

IHRE PARTEI AN DER SEITE ISRAELS

www.buendnis-c.de

bündnis C
 Christen für Deutschland

Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten

Anspruchsvoll: Unsere „Grundsätze und Eckpunkte für eine Politik nach christlichen Werten“

Liebe Mitglieder, liebe Leser,

Antrag auf Mitgliedschaft

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Partei Bündnis C – Christen für Deutschland

Vorname	Titel		Nachname
Straße, Hausnummer		Telefon	
PLZ	Wohnort		Staatsangehörigkeit
Stadt/Landkreis (=KFZ-Kennzeichen)		Bundesland	
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	Geschlecht m <input type="checkbox"/> w <input type="checkbox"/>	Familienstand	
Fax	Handy	E-Mail	
		Ausgeübter Beruf*	
Kirchengemeinde			

heute möchte ich die Frage stellen: Ist es wichtig, Mitglied in einer Partei zu sein?

Ich finde diese Frage sehr spannend und würde sie unter normalen Umständen vielleicht auch anders beantworten. Seit mehr als 70 Jahren stehen uns in Deutschland fast immer die gleichen Parteien bei Wahlen zur Verfügung, die noch dazu ihre Ziele immer mehr aneinander angleichen. Nur an den Rändern gibt es leichte Veränderungen und auch mal ein neues Angebot. Wenn man aber ehrlich ist und genau hinsieht, muss man feststellen, dass es wieder nur das Gleiche ist, nur etwas mehr rechts oder links.

Alle diese Parteien versuchen, so viel wie möglich unter einen Hut zu bringen. Dabei muss man aber immer wieder sehen, dass Feuer und Wasser genau so wenig zusammenpassen wie Finsternis und Licht. Wer diesen Einheitsbrei möchte, braucht kein Mitglied in einer solchen Partei zu sein. Es reicht aus, wenn er sie wählt.

Für eine Partei wie Bündnis C, die sich klar positioniert und neue innovative Wege gehen möchte, ist es aber fast unmöglich, ohne ausreichend Mitglieder den Durchbruch zu schaffen. Dies gilt auch für andere neue Parteien, die nicht mit im Einheitsbrei rühren. Ja, es gelingt immer wieder an Kommunalwahlen oder auch an der Europawahl teilzunehmen. Aber die Frage, die

man sich stellen muss, ist doch: Wer nimmt uns wirklich nachhaltig wahr, wie kann politische Arbeit stattfinden?

Es braucht viele Köpfe, die bereit sind, sich zu engagieren, aber auch viele, die durch Ihre Mitgliedschaft bekennen, dass sie hinter dieser Arbeit stehen. Bevor neue Parteien bei Wahlen Erfolge hatten, sind sie vorher aufgefallen durch Mitgliederzahlen. Also lassen sie uns an die Arbeit gehen und jede Gelegenheit nutzen, neue Mitglieder für Bündnis C zu gewinnen, gerade in der jetzigen Unsicherheit und Verwirrung.

Bündnis C – Christen für Deutschland ist eine politische Partei, in der Christen gemeinsam der Gesellschaft dienen. Wir haben uns als Partei einer Politik nach christlichen Grundsätzen verpflichtet und bringen uns damit ins poli-

tische Geschehen ein. Unseren politischen Lösungen liegen das biblische Menschenbild und die christliche Ethik zugrunde, die unsere Kultur und den freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat von ihren Wurzeln her geprägt haben.

Das ist unser Markenzeichen und der Unterschied auch zu Widerstand2020. Wir werden nicht wiederherstellen, was vorher war. Das spüren viele. Aber wir können Wege aus dieser Krise heraus weisen, die unser Land von seinen christlichen Wurzeln her erneuern.

Ich wünsche Ihnen und uns allen ein gutes Gelingen und Gottes reichen Segen.



Mathias
Scheuschner

Stellvertretender
Bundesvorsitzender



buendnis-c.de/eindruck-magazin

IMPRESSUM

EINDRUCK – das Magazin zur Politik von Bündnis C – Nr. 16 – 2020/2

V.i.S.d.P.: Karin Heepen, Redaktion: Karin Heepen
Layout: Katrin Müller, Müller Artwork Böblingen

Anfragen zum Magazin und Leserbriefe bitte an: eindruck@buendnis-c.de

Die Urheber- bzw. Nutzungsrechte der Texte, Bilder und Grafiken liegen (sofern nicht anders angegeben) bei den abgebildeten Personen oder Bündnis C. Abbildungen auf Seiten 1,6,10,12,19,30,32: Pixabay; S. 8: W. Rathmann; S. 11: Martin Feichtinger; S. 12: CDC on Unsplash; S. 15: Frank Patrick Vogt; S. 16: gemeinfrei; S. 20: Karin Heepen; S. 22,23: Sallux.

Unveränderte Vervielfältigung einzelner Beiträge für nicht-kommerzielle Zwecke wird in der Regel erlaubt, wenn Sie Bündnis C, die Heftnummer (und bei Namensbeiträgen den Autor) als Quelle nennen und uns über eine Veröffentlichung vorab informieren, die jeweiligen Nutzungsrechte korrekt behandeln und uns nachträglich einen Publikationsbeleg zusenden.



Bündnis C – Christen für Deutschland

Bundesgeschäftsstelle

Winterstraße 29, 76137 Karlsruhe

Telefon: 0721-49 55 96

E-Mail: info@buendnis-c.de

Internet: www.buendnis-c.de



Kontoverbindung: Partei Bündnis C, IBAN: DE60 6605 0101 0108 2325 62, BIC: KARSDE66XXX